

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 68. Berichte, kleine Beiträge u. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.
Ständige Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.—. M. Expedition und Druck von
Joh. van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 63.
1908/1909 Fernsprech-Nr. 1368. VERLAGSSTELLE

Nr. 36. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 5. September 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Nachklänge zur internationalen Gewerkschaftskonferenz in Zürich.

Die junge christliche Gewerkschaftsbewegung hat schon manchen Strauß um ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit ausfechten müssen. Scharf machertum und Sozialdemokratie sind von jeher mit Eifer und unter Anwendung rigoroser Mittel an der Arbeit gewesen, den „gefährlichen Gegner“ zu vernichten oder ihm doch das Leben möglichst sauer zu machen. Dazu trat die realtönare bürgerliche Welt und vielfach leider noch ein beklagenswerter Indifferenzismus unter den christlichen Arbeitern. Trotz der vielseitigen und vielfachen Anfeindungen ist das noch vor 10 Jahren so zarte Pflänzchen zu einem mächtigen Baume angewachsen; die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften — besonders jedoch die Führer — haben ihre Bewegung unter stetigen Kämpfen geistiger und wirtschaftlicher Art auf die jetzige Höhe gebracht. Diese Kämpfe, die leider unvermeidlich waren, haben aber auch ihr Gutes gebracht: die Organisationen sind gefestigt, die Mitglieder gefähligt worden, und den Gegnern wird es nicht mehr gelingen, die christlichen Gewerkschaften zu zertrümmern. Da helfen weder Mißtrauenssprüngen noch sonstige Beschuldigungen, noch Verleumdungen.

Die Züricher Verhandlungen hatten den Zweck, die christlichen Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern einander näher zu bringen, die Bewegung international zu gestalten und somit ihre Macht und Stützpunkt zu verfestigen. Voraussetzung war da natürlich eine möglichst einheitliche Grundlage. Es sollte in Zürich um die christlichen Gewerkschaften aller Länder ein gemeinsames Band geschlungen, ein allgemeines internationales Sekretariat geschaffen werden. Keine bombastische internationale Verbrüderungsfest, keine phrasenhaften Resolutionen gab es in Zürich, sondern bescheidene, aber ernste und praktische Arbeit!

Die Züricher Verhandlungen hatten den Zweck, die christlichen Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern einander näher zu bringen, die Bewegung international zu gestalten und somit ihre Macht und Stützpunkt zu verfestigen. Voraussetzung war da natürlich eine möglichst einheitliche Grundlage. Es sollte in Zürich um die christlichen Gewerkschaften aller Länder ein gemeinsames Band geschlungen, ein allgemeines internationales Sekretariat geschaffen werden. Keine bombastische internationale Verbrüderungsfest, keine phrasenhaften Resolutionen gab es in Zürich, sondern bescheidene, aber ernste und praktische Arbeit!

Die Vertreter der holländischen katholischen Organisation sind uns Textilarbeitern nicht fremd. Der Delegierte kam aus Hengelo war früher ein führendes Mitglied des interkonfessionellen Textilarbeiterverbandes „Unitas“. Er hat als Vertreter dieses Verbandes mit mir und einigen anderen Kollegen an dem allgemeinen internationalen Textilarbeiterkongress im Jahre 1902 hier in Zürich teilgenommen, und als wir bei dieser Gelegenheit von den Sozialisten so schamlos behandelt wurden, da haben wir uns gelobt, treu zusammen zu halten und mit verdoppeltem Eifer an der Stärkung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Kollege Kamp aber hat einige Jahre nachher seinen Verband verlassen und ist zu derjenigen Richtung in Holland übergetreten, die konfessionelle Gewerkschaften abschaffen wollte.

Herr Warner Dr. Boell, Adviseur (Beirat) der katholischen Textilarbeitergewerkschaft, war 1905 bei uns auf dem internationalen Kongress der christlichen Textilarbeiterverbände in Kattich. Damals wurden gerade von Herrn Dr. Boell Annäherungs- und Verständigungsversuche gemacht. Wir anderen sind nach Möglichkeit darauf eingegangen und wir verabschiedeten uns, indem die Vertreter der beiden Richtungen (interkonfessionelle und katholische Textilarbeiterorganisation) in Holland sich das Versprechen gaben, Hand in Hand zu arbeiten und alles zu versuchen, einander immer näher zu kommen, bis die Vermittlung erreicht sei. Beide Verbände haben eine Zeit lang treu Wort gehalten, das Organ des Herrn Dr. Boell, „Hoyg Ambacht“, brachte sogar Artikel gegen die „extremistische“ „Berliner Richtung“. Auf einmal aber änderte sich das Verhalten des Herrn Dr. Boell und damit das von ihm geleitete Verbandsorgan. Das war im Jahre 1906 in dem Augenblick, als der holländische Erzbischof durch ein öffentliches Rundschreiben den katholischen Arbeitern empfahl, nur katholischen Organisationen beizutreten. In diesem Sinne sind viele Katholiken — ich bin auch einer — aber bei aller Hochachtung und Ehrfurcht vor unseren geistlichen Oberherren, namentlich vor unseren Bischöfen, müssen wir doch sagen: Bis hierher und nicht weiter! (Lebhafter Beifall.) Sie haben das Recht und die Pflicht, uns in religiösen und kirchlichen Dingen die Wege zu weisen, aber wo es sich um Berufsfragen, wo man mehr oder weniger rein wirtschaftliche Dinge handelt, wird doch ein Bischof nicht das Recht in Anspruch nehmen wollen, ein Rechtswort zu sprechen. Auf diesem Punkte sind wir ja scharf und müssen es sein. Wir haben keine Zweifel, daß wir auch in der Arbeiterbewegung viele Schriftstücken kennen. (Beifall.)

Das müssen unsere Kollegen in Holland doch mindestens zugeben können, was bei uns in Deutschland gilt. Wenn bei uns auch einzelne — oder vielleicht nur ein Bischof — die kath. Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften empfiehlt, so besteht doch nirgendwo ein Verbot, das kath. Arbeiter hindert, Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu werden, allenfalls ist es

wenigstens, und ein großer Teil der Bischöfe steht auf unserer Seite.

Die holländischen Herren Bischöfe werden sich auch eine Inkongruenz, ja eine Ungerechtigkeit zuzulassen kommen lassen, wenn sie nur den Arbeitern den Beitritt zu den christlichen interkonfessionellen Vereinigungen untersagen wollten. (Ruf des Herrn Huisling-Enschede: „Das ist nicht der Fall!“) Nun, das gebe ich zu, aber das bißchöfliche Rundschreiben ist im Anschluß an eine längere öffentliche Erörterung, an eine Zeitungs- und Zeitschriftenpolemik über die Frage: ob katholische oder interkonfessionelle Gewerkschaftsorganisationen für katholische Arbeiter das Richtige seien, erfolgt. Ferner hat das Rundschreiben in seinem Effekt nur auf die Arbeiter bezogen, die konfessionelle Gestaltung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen gerichtet. (Ruf des Herrn Huisling-Enschede: „Sehr richtig!“) Man hat nichts davon gehört, daß die Erklärung der Bischöfe irgendwie in der Praxis zu Beschränkungen der Organisationsrechte der Arbeitgeber, Bauern und Handwerker geführt hätte.

In einem Teil des Landes aber hat man die katholischen Arbeiter vor die Alternative gestellt, entweder aus dem kath. Arbeiterverein oder aus der interkonfessionellen Gewerkschaft auszutreten. In Enschede und Oldenzaal sind infolgedessen Hunderte Arbeiter, darunter solche, die Jahrzehnte lang in der katholischen Arbeiterbewegung tätig waren, mit bitteren Empfindungen aus ihren Arbeitervereinen ausgeschieden. Diese Wirkungen der bißchöflichen Stellungnahme können wir alle, die wie neben den christlichen Gewerkschaften auch außerhalb der konfessionellen Arbeitervereine unterrichten, weil wir auch diese für bringend notwendig halten, nur tief bedauern. (Lebhafter Beifall.)

Herr Dr. Boell ist Adviseur zu deutsch Beirat der katholischen Textilarbeitergewerkschaft. Er wird es also auch sein müssen, wenn einmal die Frage eines Streiks aufzuheben sollte (Sehr richtig!), denn es wird nicht angehen, wenn er in einem solchen Falle einfach sagen würde: „Zeit mögt ihr Arbeiterführer die Verantwortung tragen — ich ziehe mich in den Hintergrund zurück.“ Der Geistliche wird sich also in einem solchen Falle ins Feuer stellen müssen zwischen Unternehmer und Arbeiter, da doch beide zu seiner Gemeinde gehören! (Sehr richtig!) Das führt aber naturgemäß zu unzulässigen Zuständen. Gewiss sind in Holland die konfessionellen Gegensätze scharf, aber im politischen Leben gegen die gläubigen Arbeiter der christlichen Gewerkschaften zu vereinen, zeigen die Erfolge im Osten des Landes. Die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung im christlichen Arbeiterlager ist notwendig aus wirtschaftlichen und idealen Gründen, sie liegt auch im Interesse der Konfessionen selber. (Sehr richtig!) Im anderen Falle hat besonders die religionsfeindliche Sozialdemokratie von der Perspektivierung der christlichen Arbeiter Vorteile. Jedenfalls würde das Bild der jetzt leider so zerklüfteten christlichen Arbeiterbewegung in Holland bald anders aussehen, wenn man die Arbeiter nur nicht von dritter Seite allzu sehr beeinflussen wollte. Wäre dies nicht geschehen, dann würden wir auch in Holland auf dem Gebiete der interkonfessionellen Gewerkschaften ein gutes Stück weiter sein. (Lebhafter Beifall.)

Andere deutsche Kollegen: Giesberts, Stegerwald, Wieber, Wiedeburg und Becker-Berlin sprachen in ähnlicher Weise. Und selbst ein belgischer Vertreter, Herr Ghyslenbosch-Genl, führte u. a. aus: „Belgien ist ein durchweg katholisches Land und wir verstehen das Wort interkonfessionell insofern nicht, weil unsere Mitgliedschaft nur aus Katholiken besteht. Aber jeder ist uns willkommen, der die Grundgedanken der Ordnung: Religion, Eigentum und Familie aufrecht erhalten will. Grundsätzlich sind also unsere Verbände interkonfessionell.“

Die Wirkungen der Züricher Debatte

Hat wohl kaum ein Teilnehmer der Konferenz vorausgesehen, die Presse berichtete über die Ausführungen der Redner etwas inkorrekt und einseitig, die scharfen Stellen wurden besonders hervorgehoben, und so war es natürlich, daß die Züricher Erörterungen einigen Staub aufwirbelten, so in Belgien, Holland und Deutschland. In unserem Lande hat die Angelegenheit bekanntlich ja ihre besondere Bedeutung erlangt durch die Bemerkung des Herrn Kardinal-Erzbischofs Dr. Fischer auf dem Düsseldorfer Katholikentage: „Die scharfen Worte hätten ihn geschnitten!“ Wer aber die Ausführungen der Redner im Zusammenhang liest (wir verweisen auf das demnächst erscheinende Protokoll), wird nicht den Eindruck von diesen Scharfen erhalten, den die Berichte der Tagespresse hervorgerufen haben. Andererseits kann ruhig zugegeben werden, daß die eine oder andere Wendung in der Form milder hätte ausfallen können — in der Sache selbst kann von der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine Konzeption gemacht werden, die christlichen Gewerkschaften sind unabhängig, selbständige Organisationen und müssen es bleiben.

Es war ergötzlich zu beobachten, wie die sozialdemokratische Presse über den Dissen herfiel, wie sie unter der Überschrift „Im Geiste Cassalle's“ (!!!) mit Rollstuhlfahrer die Züricher Vorgänge in der ihr eigenen Weise berichtete und die christlichen Gewerkschaftsführer als Revolutionäre zu brandmarken suchte — dieselbe sozialdemokratische Presse, welche sonst dieselben christlichen Arbeiterführer als Betrümmerten, als Kapitalistenfreunde, unsere Organisationen als Streikbrecherverbände beschimpft! Und dann erst unsere „Berliner“! Wie die sich in ihrer Kaiserstraße gefreut haben! Und wie sie in „echt katholischer“ Weise die günstige Gelegenheit auszunutzen suchten. Man lese darüber ihren „Arbeiter“ — da trübt es über von einem Katholizismus, der uns in keiner praktischen Betätigung ganz eigenartig annutet. Sozialisten und Berliner Fachabteilungsbrüder Arm in Arm — gegen die christlichen Gewerkschaften!

„In den Armen liegen sich beide
Und heulen vor Schmerzen und Freude.“

In einer Kölner Versammlung der christlichen Arbeiter hat Generalsekretär Stegerwald ihnen vor einigen Tagen ein wenig die Wahrheit gesagt:

„Wer die „Berliner“ Agitationsmethode kennt, kann sich vorstellen, wie dabei zu Werke gegangen wird. Wegen diese systematische Hintertreppenerbelegung sind wir wehrlos. Jahrelang haben wir abgemacht ruhig zuzusehen. Noch kurz vor der Züricher Konferenz hielt Hr. Dechant Hansen in Zalesweiler (Saarrevier) eine Hezrede gegen uns, die selbst nach dem Urteil von Fachabteilungsmitgliedern alles dagewesene überbot. Diese Rede wurde auch noch gedruckt und massenhaft verbreitet. Wenn unsererseits, die wir nur über Elementarschulbildung verfügen, den Herren dann mit gleicher Münze heimgezahlt wird, berufen sie sich auf ihre Eigenschaft als katholische Priester und verstellen sich hinter der kirchlichen Autorität. (Sehr richtig!) Solche und Dergleichen weiteren Einzelheiten waren uns bekannt. Die gesprochenen Worte in Zürich sind nach dem Vorgefallenen ihre Erklärung. Der Kampf zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ist auf dem Siebepunkte angelangt. Die katholischen Fachabteilungen stehen vor der Aussichtslosigkeit ihrer Bewegung. Sie haben eben mit ihren Ideen Hanterott gemacht. (Sehr richtig!) Sie geben rund 120 000 Mitglieder an. In der „Welt- Arbeiterzeitung“ wurde ihnen dagegen nachgerechnet, daß 1907 höchstens 74 000 ihre Beiträge bezahlt haben können. Davon dürften kaum die Hälfte industrielle Lohnarbeiter sein, gegen mehr als 300 000, die den christlichen Gewerkschaften angehören. Eine der Hauptdomänen der Fachabteilungen ist neben Oberhessien das Saarrevier. Hier haben die Knappschaffnungen des letzten Winters bewiesen, daß das eigentlich industriell arbeitende Volk hinter den christlichen Gewerkschaften steht. Von 100 Knappschaffnungsmitgliedern fielen 80 den christlichen Gewerkschaften und nur etwas über ein Duzend den katholischen Fachabteilungen zu.“

Die katholischen Fachabteilungen vereinnahmten in 1907 ganze 199 000 Mk. gegen 4 500 000 Mk. der christlichen Gewerkschaften. Der christliche Holzarbeiterverband mit etwa 11 000 Mitgliedern hat in 1907 100 000 Mk. mehr vereinnahmt als die ganze Fachabteilungsherrschaft. In dieser jammervollen Lage machen die Leiter der katholischen Fachabteilungen die verzweifeltsten Anstrengungen, um durch ein kirchliches Machtwort, wie es in einem ihrer Organe heißt, herauszukommen. So schreit läßt sich indes dieses nicht erzielen, schon der unabsehbare Folgen wegen nicht. Organisationen, wie den Berliner katholischen Fachabteilungen würden gerade die strebsamen katholischen Arbeiter nie beitreten.“

Na, ja, die Berliner Hintertreppenspolitik! Herr Meßner A. D. v. Savigny ist jahrelang viel herumgeritten, um in einflussreichen katholischen Kreisen gegen die christlichen Gewerkschaften mobil zu machen. Wochenlang soll er auch in Holland gewesen sein. Wir wissen von seinen Verjuxen von Herren, die ihn und seine „Idee“ haben abblitzen lassen. Selbst Bischöfe im In- und Ausland sind von diesem Ritter (Don Quixote — der ehemalige Protestant Dr. Fischer ist im Kampfe für katholische Gewerkschaften sein getreuer Knappe Sancho geworden —) nicht in Ruhe gelassen worden. Da bleibe Einer ruhig!

Worte und Tatfachen.

In Holland hat besonders der Führer des kath. Volksvereins, der Kammerabg. Dr. Halberse in Leyden eine spitze Feder gegen die „Preußen“ geführt, die es gewagt hatten, über die holländischen Verhältnisse mitzureden und sich in eine „häusliche Angelegenheit“ der Holländer zu mischen. War die Angelegenheit denn wirklich eine häusliche Angelegenheit der Holländer? Auf der Konferenz waren aus Holland Vertreter katholischer und ebenso Delegierte interkonfessioneller Verbände anwesend. Die Konferenz besprach die gewerkschaftlichen Prinzipien, sie sollte eine internationale Vereinigung mit einheitlicher Grundlage schaffen. Da ging es nicht an, aus einem Lande zwei Richtungen anzuerkennen, die Kommission mußte sich entscheiden. Und diese Entscheidung konnte nach Lage der Dinge auch für das konfessionell so gemühtliche Holland nicht zweifelhaft sein. Auch jetzt noch kann gesagt werden, daß die holländischen christlichen Arbeiter ihren „häuslichen Streit“ schon weit eher in gutem Sinne schlichten würden, zum Segen des Arbeiterstandes und zum Vorteil für alle Konzeptionen und das Christentum überhaupt — wenn man die Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Bestrebungen nur nicht von dritter Seite beeinflussen wollte. Nicht um eine häusliche Angelegenheit der Holländer handelt es sich also, sondern um eine Arbeiterangelegenheit von internationaler Bedeutung. Das Organ unseres holländischen Bruderverbandes „Unitas“ schreibt (Nr. 35) gegen Herrn Dr. Halberse:

„Es denn das Zusammenwirken von Katholiken und Protestanten in einer interkonfessionellen Berufsorganisation lediglich ein demütiges System? Wir meinen nicht! In Berufsorganisationen können sich Arbeitgeber und Mittelständler stets auf möglichst breiter Basis zusammenschließen. In unserem Lande sind Redakteure katholischer Tageszeitungen, die den Mund recht weit aufmachen, wenn es gegen interkonfessionelle Verbände der Arbeiter geht, selbst organisiert in neutralen Journalistenvereinigungen.“

Herr Dr. Halberse, seine holländischen und Berliner Freunde würden gut tun, mit der Gründung katholischer Berufsorganisationen in der Praxis oben bei den Fabrikanten, Kaufleuten, Landwirten und Handwerkern anzufangen. Wenn das gut geht, dann folgen die Arbeiter freiwillig nach.

Zur Reform des Beitragswesens.

Die Beitragsregelung wird unstreitig die Kardinalfrage auf dem kommenden Verbandstage sein. Das hat die im Verbandsorgan und in den Mitgliedserversammlungen ausgiebig geführte Diskussion zur Genüge kund getan. Bisher ist diese Frage stets im Anschluß an die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung behandelt worden und damit der wohl allgemein in Mitgliederkreisen verbreiteten Meinung Ausdruck gegeben, als sei die Reform des Beitragswesens nur notwendig durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Diese Ansicht ist falsch. Die Erhöhung des Beitrages ist vollständig unabhängig von der Einführung der genannten Unterstützungsart. Der jetzige Beitrag reicht nicht aus, um allen Anforderungen gerecht zu werden, die unter den heutigen Verhältnissen an eine moderne Berufsorganisation gestellt werden.

Wer ohne Klugheit und Jaghaftigkeit der Entwicklung unseres Verbandes in den letzten Jahren nachgeht und dabei die gewerkschaftspolitischen Verhältnisse im Textilarbeiterbereich überseht, wird sich mit dem Zentralvorstande dem Geständnisse nicht verschließen können, daß die Leistungsfähigkeit unseres Verbandes in den vergangenen Jahren derartig in Anspruch genommen wurde, und in der kommenden Zeit in noch größerem Maße in Anspruch genommen wird, daß mit der bisherigen Beitragshöhe unmöglich die Interessen der Mitglieder und ihre Bestrebungen so gewahrt werden können, als es notwendig wäre. Nur eine finanziell stark gestärkte Organisation wird auf dem Gebiete der Verbesserung des Arbeitsvertrages den Wünschen ihrer Mitglieder genügen und den Gegenwirkungen der Unternehmer ein kräftiges Paroli bieten können.

Wir haben in unserm Verbandsorgan den 30. bezw. 25. Hgs.-Beitrag seit 1905. Bereits ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Beitragsfußes sah sich die Frankfurter Generalversammlung gezwungen, eine andere Regelung der Beitragsfrage vorzunehmen. Um an der so geachteten generellen Beitragssteigerung vorbeizukommen, griff man zum Staffelsystem, in der Hoffnung, daß die notwendige höhere Beitragsleistung durch freiwilligen Eintritt der Mitglieder in eine höhere Klasse demnach durchgeführt würde. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die Regel blieb der alte Beitragsfuß, obgleich durch die gewaltige Steigerung der Ausgaben eine erhöhte Einnahme so bitter notwendig gewesen wäre. So bleibt heute nichts anders übrig, als das statutarisch festzulegen, was man in Frankfurt durch das Staffelsystem erhoffte: einen höheren Beitrag. Denn noch bis 1910 unter den heutigen Verhältnissen weiter wirtschaften, geht nicht an. Das ureigenste Interesse der Mitglieder verlangt von Augsburg ganze Arbeit.

Jeder Gewerkschaftler weiß, daß ein großer „Kriegsschatz“ die sicherste Garantie für den wirtschaftlichen Frieden und für die gewerkschaftlichen Erfolge ist. Wenn bislang unser Verband den Gegenwirkungen des organisierten Großkapitals nicht immer die notwendige Macht gegenüberlegen konnte, dann lag es eben an der ungenügenden Stärke des „Kriegsschatzes“. Unser Verbandsvermögen hat nicht die Stärkung erfahren, wie es in Anbetracht der Verhältnisse wünschenswert und notwendig gewesen wäre. Wer richtig zu denken versteht, wird das leicht erkennen können. Die Ausgaben an Kranken-, Sterbe-, Maßregelungs- und sonstigen Unterstützungen stiegen seit Frankfurt ganz gewaltig. Es wurden in Frankfurt verschiedene Neuerungen geschaffen, die eine Mehrausgabe bedingten, ohne für sichere Deckung der Kosten zu sorgen. Die Unterstützungsmaßnahmen stiegen absolut und relativ. Die in den letzten Jahren in verschiedenen Orten errichteten Lokalsekretariate erforderten bedeutende Zuschüsse; die Anstellung weiterer Bezirksbeamten verlangte große Mehrausgaben. Es stiegen die Ausgaben für Bildungszwecke, für Verwaltung usw. Dazu kamen die durch die veränderte gewerkschaftliche Konstellation bedingten geradezu gewaltigen Ausgaben bei Streiks und Ausperrungen. Eine Ausperrung verschlingt heute mehr an Geld in einem Tage, als vor Jahren ein Streik in mehreren Wochen. Gerade in der Textilindustrie wird die ganze Macht des organisierten Großkapitals gegen die gerechten Bestrebungen der Arbeiter geltend gemacht. Das kostete unsern Verbands Kassensummen. Und mit dieser bedeutenden Steigerung der Ausgaben stand die Steigerung der Einnahmen in keinem günstigen Verhältnis. Die Mitglieder blieben in den niederen Klassen; durch eine bedeutende Mitgliederfluktuation gingen Tausende von Marken dem Verbands verloren. Daß da unsere „Kriegskasse“ unmöglich eine den Verhältnissen entsprechende Stärkung erfahren konnte, liegt klar auf der Hand.

Daß in der Zukunft die Leistungsfähigkeit unseres Verbandes auf die schärfste Probe gestellt werden wird, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Es gilt den Weg frei zu machen zum schieberrichterlichen Verfahren, zur Anerkennung der Gewerkschaften als legitime Interessenvertretung der Arbeiter. Man beachte die Organisationsbestrebungen der Textilbarone und ihre „soziale“ Gesinnung, und man wird nicht mehr zu fragen brauchen, wie sehr unsere finanzielle Leistungsfähigkeit das ausschlaggebende Moment sein wird im Kampfe für Recht und Freiheit. Und der Kampf wird sich in Zukunft hauptsächlich in jenen Bezirken abspielen.

wo die Arbeitsverhältnisse die aller-
schmerzhaftesten sind und die Unternehmer
nach einer unumkehrlichen Willkürherrschaft
auf dem Throne ihrer Macht sitzen können.
Denn heute man die Beitragssteigerung auch nicht
mit dem Eintritte abgesehen, als wenn durch
Schaffung der 30 bzw. 25 Pfg.-Klasse den schlechter
entlohnten Kollegen der Eintritt in den Verband
verleidet würde. Gerade diese Kollegen werden
in Zukunft die Aktivität des Verbandes
doppelt zu spüren bekommen.

Es hat bisher in unserm Verbande viele Bestim-
mungen gegeben, welche stets, wenn eine Erhöhung
der Beiträge in Aussicht stand, eine empfindliche
Schädigung der Organisation durch gewaltige Mit-
gliederverluste prophezeiten. Es waren falsche Pro-
pheten! Alle Gewerkschaften haben bisher noch die
Erfahrung gemacht, daß infolge der höheren mate-
riellen Anforderungen, die schließlich an die Mit-
glieder gestellt wurden, der Mitgliederbestand nicht
dauernd benachteiligt worden ist. Ein verhältnis-
mäßig geringer Mitgliederverlust trat zwar bei jeder
Beitragssteigerung ein, allein ebenso war jedesmal
beim nach der Uebergangsperiode eine Steigerung
der Mitgliederzahl zu konstatieren.

Unsere Erfahrungen kommen in folgenden Zahlen
zum Ausdruck:

Zeitpunkt	Höhe der Beiträge pro Woche:			
	Für männliche Mitglieder	Für Arbeiterinnen	Für Gemein- arbeiter beiderlei Geschlechts	Zahl der Mitglieder
1. April 1901	15 Pfg.	15 Pfg.	10 Pfg.	12 545
31. Dezbr. 1901	15 "	15 "	10 "	13 273
31. " 1902	15 "	15 "	10 "	16 639
31. " 1903	20 "	15 "	10 "	16 557
31. " 1904	20 "	15 "	10 "	19 998
31. " 1905	30 "	25 "	20 "	27 390
30. Juni 1906	30 "	25 "	20 "	33 596
30. Sept. 1906	30 "	25 "	20 "	35 900
31. Dezbr. 1906	30 "	25 "	20 "	36 384

Mit dem Beitragsklassensystem hatte unser Ver-
band Ende 1907 eine Mitgliederzahl von rund 42 000.
Also nicht ab-, sondern aufwärts geht mit dem
Steigen der Beiträge die Mitgliederbewegung.
Eine Beitragssteigerung ohne Mitgliederflucht wird
in absehbarer Zeit noch nicht möglich sein. Dazu
gehört eine gewerkschaftlich vertiefte Arbeiterkraft.

Andere machen gegen die Erhöhung der Bei-
träge die schlappe Zeit geltend. Demen sei gesagt:
Wenn eine Notwendigkeit vorliegt, darf keine Mü-
he auf besondere Verhältnisse genommen werden.
Bis 1910 den jetzigen Beitrag beizubehalten, geht
womöglich an. Auch wird trotz der Krise kein Mi-
glied in unserem Verbande sein, das die paar Pfennige
in der Woche nicht mehr bezahlen kann. Dann
aber sollen alle Statutenänderungen nach
dem Vorschlage des Zentralvorstandes
erst mit dem 1. April nächsten Jahres in
Kraft treten. Bis dahin wird das Gewerbe, das
heute schon in einigen Zweigen eine merkliche Be-
lebung zeigt, wieder in normalen, Geschäftszuge
sich befinden.

Und sind unsere Mitglieder denn minder opfer-
willig als die sozialdemokratischen Textilarbeiter?
Müssen wir uns nicht, bei einer Ablehnung, diesen gegen-
über schämen? Und zwingt uns ferner nicht die
Konkurrenz mit dem roten Verbande, unsere Or-
ganisation auf der Höhe der Zeit zu behalten?

Uebrigens wird die geplante Reform des Bei-
tragswesens für viele Kollegen gar keine, für
andere nur eine minimale Erhöhung des
Beitrages bedeuten. Rund 4000 unserer Mit-
glieder zahlen heute schon einen höheren als den
30 Pfg.-Beitrag; eine große Anzahl Kolleginnen
steht in der 30 Pfg.-Klasse. Dazu kommt, daß
bei Annahme der Beitragsreform nach dem Plane
des Zentralvorstandes die Lokalbeamten in Zukunft
aus der Beitragsliste befreit werden sollen und da-
mit jeder Extrabeitrag in Wegfall kommen
würde. Somit bliebe für Tausende von
Mitgliedern die bisherige Höhe des Bei-
trages bestehen auch nach der Reform.

Demnach nochmals, seien wir vernünftige, weit-
blickende Gewerkschafter. Lassen wir uns an Tätig-
keit und echter kameradschaftlicher Befähigung von
keiner anderen Organisation übertreffen. Seien
wir echt gewerkschaftlichen Opfern. Es ist für uns,
für Welt und Land, für unser Vaterland! Befanden
wir unseren Idealismus, aber zeigen wir gleich-
zeitig, daß wir auch praktische Realpolitiker sind.

Zur Reform des Unterstützungswesens.

Die Angsburger Generalversammlung wird unter
andem auch über eine großzügige Reform des
Unterstützungswesens zu beschließen haben. Daß
eine Verbesserung unserer Unterstützungsarten nur
mit einer Erhöhung des Beitrags möglich ist, braucht
wohl keiner besonderen Betonung. In dem Vorder-
grunde der Debatte steht die Arbeitslosenunter-
stützung. Es ist in unserm Organ wieder darüber
geschrieben worden, daß ein näheres Eingehen wohl
nicht mehr notwendig ist.

Jährlich werden die Anträge auf Unterstützung,
die an den Zentralvorstand von arbeitslosen Mit-
gliedern gestellt wurden. Hier waren durch
Maschinenbeschle die Kollegen zu fordern gezwungen,
dort durch einen Fabrikar, in einigen Bezirken
der Seidenindustrie wurden die Mitglieder oft
wochenlang zum Aussehen der Arbeit gezwungen.
Dieselbe wurden tüchtige Kollegen aus der Arbeit
entlassen, ohne daß die Tatsache der Maßregelung
mit geschickten Worten belegt werden konnte. In
all diesen Fällen hat der Zentralvorstand nicht in
der Lage, eine Unterstützung zuzubilligen. Hier
machte sich das Fehlen der Arbeits-
losenunterstützung als ein großer
Mangel fühlbar. Dazu kam noch die jetzige
Krise, die Hunderte unserer Mitglieder aus Arbeit
und Brot brachte. Ferner ließ sich der Zentral-
vorstand von folgender Erwägung leiten: Die finan-
zielle und konstante Arbeitslosenunterstützung muß
unbedingt energischer in Angriff genommen werden.
Soll dieselbe jedoch gefördert und in ein richtiges
Gleis gedrängt werden, dann ist es notwendig, daß
finanzielle größere Bemühungen durch Ein-
führung dieser Unterstützungsart der finanziellen und
konstanten Forderung vordringen und Mithilfe geben.

Es ist somit noch, daß auch der sozialdemokratische
Textilarbeiterverband auf seinem letzten Verbands-
tage die Einführung dieser Unterstützung beschließen
hat und wir darum aus Gründen der Konkurrenz
gezwungen werden, das Gleiche zu tun.

Weiter kann noch in Betracht gezogen werden,
daß mit der Einführung dieser Unterstützung in
unserm Verbande auch der erste Anstoß zur Re-
atung der so überaus wichtigen Frage
der Arbeitsvermittlung gegeben ist. Die
Arbeitslosenunterstützung wird uns zu einer Stellung
und endlich praktischen Durchführung dieser Frage
zwingen. Vielleicht wird der Verbandstag nach zwei
Jahren diese Materie endgültig regeln können.

Aus diesen praktischen Erwägungen heraus hat
sich der Zentralvorstand entschlossen, dem kommenden
Verbandstage die Einführung der Arbeitslosenunter-
stützung vorzuschlagen.

Es sind soviel Zuschriften im Verbandsorgan zu
dieser Frage erschienen, daß man im allgemeinen
über die Notwendigkeit der genannten Unterstützungs-
art wohl einig ist. Nur hier und da erhebt sich eine
Stimme gegen, weil in dem betr. Bezirk keine
arbeitslosen Textilarbeiter anzutreffen seien. Daraus
sei erwidert: Kein Kollege ist vor Arbeitslosigkeit
sicher. Maschinenmangel, Fabrikbrand usw. sind
Schicksale, denen keiner entziehen kann. Und eben-
sowenig hat ein Textilarbeiter den Garantiefonds
dafür in der Tasche, daß Arbeitslosigkeit infolge
Arbeitsmangels bei ihm nicht eintreffen wird. Das
haben unsere Kollegen in vielen Bezirken leider
bitter erfahren müssen.

Und dann ist es doch auch wenig Kollegialisch
gedacht, deshalb gegen eine Arbeitslosenunter-
stützung zu sein, weil in dem betr. Bezirk Arbeits-
losigkeit nicht zu befürchten ist. Eine Ge-
werkschaft ist doch aufgebaut auf dem Grundsätze
der Solidarität. „Der Eine trage des andern
Last.“ „Einer für alle und alle für einen.“ Echter
kameradschaftlicher Geist, echte praktische Nächsten-
liebe soll sich in der Gewerkschaft dadurch betunden,
daß der eine freudig sein Scherlein für die Not des
andern beisteuert. Darum fort mit solchem Ein-
wande, der der gewerkschaftlichen Soli-
darität stracks zu wider ist.

Eine Unterstützung, die unseres Wissens bisher
nur in dem christlichen Bäderverbande eingeführt ist,
ist die Aussteuerbeihilfe. Diese wird unzweifel-
haft ein wirksames Mittel zur Gewinnung von Ar-
beiterinnen sein. Dem außergewöhnlichen Schwierig-
keiten in der Organisation muß auch mit außer-
gewöhnlichen Mitteln begegnet werden. Es ist von
namhaften Personen in der Frauenbewegung als auch
gegen die Gewerkschaftsbewegung wiederholt darauf
hingewiesen worden, daß das Unterstützungswesen
in den Gewerkschaften mehr den besonderen Ver-
hältnissen der Arbeiterinnen angepaßt werden müsse.

Das muß besonders in solchen Verbänden der
Fall sein, die auf die Mitwirkung der Arbeiterinnen
in hohem Maße angewiesen sind. Wie in unserm
Textilarbeiterverbande. Tatsächlich liegt die Schwierig-
keit in der Gewinnung der Arbeiterinnen unter
andem hauptsächlich darin, daß diese die Fabrik-
arbeit mehr als Durchgangsbetrieb betrachten und bei
ihrer Verehrung aller Anfordere verlustig zu
gehen meinen. Kann ihnen nun beim Auscheiden
aus dem Arbeitsverhältnis durch Heirat der ge-
leistete Beitrag durch die Aussteuerbeihilfe zum Teil
wieder erstattet werden, dann dürfte in der Agitation
unter den Arbeiterinnen dadurch ein kräftiges Ju-
gmittel gefunden sein. Andererseits dürfte die Aus-
steuerbeihilfe auch ein wirksames Mittel sein zur
Gewinnung der gerade unter den Kolleginnen
starken Fluktuation.

Die Unfallunterstützung spricht für sich.
Wenn der Verband den Hinterbliebenen eines durch
Unfall zu Tode gekommenen durch eine größere
Geldsumme über die schärfste Not hinweghelfen
kann, dann begehrt er ein großes soziales Werk.
Wie gerade diese Unterstützung in Mitgliederkreisen
Anhang finden dürfte, mag mit der Tatsache be-
wiesen werden, daß Tausende von Arbeitern auf
Zeitung und Zeitungsbeiträge abonniert sind, mit
denen eine Unfallunterstützung verbunden ist. Leider
werden die Abonnenten dabei vielfach übers Ohr
gehauen.

Diese Unterstützungsart hat auch eine große
ideelle Seite. Wir verdrängen damit die geist-
und prinzipienlosen Blätter und Zeitschriften aus den
Wohnungen der Arbeiter. Gerade diese „neutralen“
Zeitung sind schlimmste Feinde unserer christlichen
Arbeiterbewegung. Wir brauchen unsere Mitglieder
davor, ihre inneren verdienten Strohnen unweilen,
gewissenlosen Freigewinnungen zuzuführen und
verloren den realen Werten die Möglichkeit einer
größeren Ausbreitung.

Dann schlägt der Zentralvorstand eine nicht un-
wichtigste Erhöhung der Maßregelungsunter-
stützung vor, um den im Interesse des Verbandes
aus der Arbeit gekommenen Kollegen und Kolleginnen
mehr als bisher noch entgegen zu kommen. Jedes
Mitglied wird dieser Erhöhung gewiß freudig zu-
stimmen, zumal dasjenige, das schon mal die Peinliche
der Maßregelung hat fühlen müssen.

Wegen ihrer außerordentlich hohen Kosten hat
sich der Zentralvorstand veranlaßt gesehen, auf An-
regung aus Mitgliederkreisen die Sozialein-
unterstützung zur Abhängigkeit in Vorschlag zu
bringen. Auserkennbar ist als Äquivalent die
Aussteuerbeihilfe dafür geboten. Ferner ist
der Zentralvorstand den Vorschlägen aus Mitglieder-
kreisen gefolgt, eine gerechte Ausgleich in den
Sätzen der Sozialeinunterstützung zu schaffen.

Das sind im Großen und Ganzen die wesentlichen
Reformen im Unterstützungswege. Werden die
Angsburger Delegierten den Vorschlägen zustimmen
nach gehöriger Prüfung und einiger notwendiger
Abänderungen, dann wird unsere Organisation als
eine der best ausgestatteten innerhalb der christl.
Gewerkschaftsbewegung bestehen.

Aus alledem geht aber auch hervor, wie un-
bedeutend und wenig jene Mitglieder handeln, die
gegen die minimale Beitragssteigerung wimmern. Sie
schlagen dabei ihre eigenen Interessen. Die Ge-
werkschaft ist insofern eine Spargasse, die die ein-
gezahlten Gelder mit zinslosem Zins und Zins-
zins wieder retourniert.

Darum heißt es die Arbeit. Mit Mut voran.
Denn wir unsere Organisation so aus, daß sie
allen Textilarbeitern wirksamer Schutz, den Segnern
ein geschäftiger Lohn sein kann. Dann werden die
christlichen Textilarbeiter der Tage von Angsburg
in fernheriger Erinnerung gehalten.

Zur Verbands-Generalsammlung.

Fort mit der Beitragssteigerung.
Man spricht uns aus dem Hinter-
„Wir wollen keine Beitragssteigerung, der Beitrag
den wir jetzt bezahlen ist schon sehr hoch berechnet.“

Sehr viele Arbeiter und Arbeiterinnen können ihn
kaum aufbringen, wie wird es erst gehen, wenn, wie
es viele meinen, auf der Verbandsgeneralsammlung
beschlossen wird, den Beitrag um 10 Pfg. in die Höhe
zu setzen. Tausende von Mitgliedern werden dem
Verband den Rücken kehren, die ganze Bewegung
wird dadurch wieder mindestens um zwei Jahre
zurückgeworfen. Geradezu unbegreiflich ist es, daß
manche Ortsgruppen den Antrag stellen können,
wieder eine Beitragssteigerung einzuführen. Den
Satz zum ganzen gibt dann der Zentralvorstand
mit keinem Plan.“ So, vielfach noch etwas schärfer,
reden manche unserer Verbandsmitglieder. Bei
jedem Schritt vorwärts, den unser Verband zu
machen beabsichtigt, sehen jene ein Gemitter heran-
ziehen, das alles vorhandene vernichten wird. Doch
lassen wir uns mal nicht von den momentanen
Gezähnen leiten, sondern betrachten wir die Sache
mal, wie sie in Wirklichkeit liegt. Es ist bestimmt
nicht in Abrede zu stellen, daß die gegenwärtige
Lage, mit der wir Arbeiter uns abzufinden haben,
eine sehr schlechte ist. Ebenso wenig kann aber
bestritten werden, daß auf diese schlechte Zeit einmal
eine gute kommt. Und was dann? Jetzt müssen
wir uns gefallen lassen, daß man uns in der Woche
bloß vier und fünf Tage arbeiten läßt und uns den
Lohn, der so wie so schon gering ist, noch kürzt.
Diese Vorkommnisse werfen uns nicht nur zwei,
sondern sogar fünf Jahre zurück. Doch wir sind
organisierte Arbeiter, deshalb sagen wir uns auch,
können wir jetzt gegen einen Schnabzug nichts aus-
richten, dann aber gewiß, wenn der Geschäftszug
wieder besser ist. Wollen wir dann praktische Erfolge
erzielen, so heißt es sich jetzt schon darauf vorbereiten.
Die Einwendungen, wir können einen höheren Beitrag
nicht bezahlen, sind keinesfalls stichhaltig. Erstens,
würden wir uns, wenn wir uns an einer Beitrags-
steigerung vorbereiten würden, dem sozialdemokra-
tischen Verbande gegenüber ein Armutszertifikat aus-
stellen, und zweitens müssen wir mit der Zeit rechnen,
und dann kommen wir an der Einführung der
Arbeitslosenunterstützung nicht vorbei. Wer von den
Bestimmungen gibt uns die Garantie, daß nicht einmal
noch schlechtere Zeiten kommen werden, wie wir sie
jetzt haben? Zeiten, die noch ein größeres Meer
Arbeitsloser schaffen werden, als wir es jetzt haben.
Sorgen wir jetzt nicht für die Zukunft, und es kommt
später mal schlechter, dann sind es jene, die heute
gegen die Arbeitslosenunterstützung und die damit
verbundene Beitragssteigerung Front machen, die
sagen werden, ich trete aus dem Verbande aus,
weil er nicht genug leistet. Also, wenn man die
Kuh melken will, dann soll man ihr auch Futter geben.

Weiter wird hervorgehoben, durch das Erhöhen
der Beiträge werden viele hundert Mitglieder ab-
springen. Gewiß ist es ein Uebelstand, wenn wieder
viele dem Verband den Rücken kehren, aber soll
uns dies abhalten, die Beiträge zu erhöhen? Niemals,
denn diejenigen, welche abspringen, sind in der Regel
die besten noch lange nicht, sondern es sind vielfach
bloß Eintagsfliegen, mit denen doch nicht all-
zuviel hätte unternommen werden können. Wenn
jene schon wie ein Schiffsrohr zusammenrücken bei
einer kleinen Beitragssteigerung, wie würde es
erst gehen, wenn dieselben einmal, um
ihre Existenz zu verbessern, einen harten
Kampf mit den harten Arbeitgeber-
verbänden mitmachen müßten? Wie die
Paten würden sie davon laufen. Deshalb
können jene für uns auch nicht im ge-
ringsten ausschlaggebend sein in einer
solch wichtigen Angelegenheit.

Niemals werden wir zum Ziele kommen, wenn
wir uns von solch feillichen Gezähnen leiten lassen.
Ferner sind in der Regel diejenigen, welche am
wenigsten bezahlen wollen, jene, die, wenn in eine
Bewegung eingetreten wird, am lautesten
schreien, diese und jene Forderungen
müssen gestellt werden. Ob sie durchführbar
sind, darauf wird nicht gesehen.

Wenn wir einige Anträge, welche von den ver-
schiedenen Ortsgruppen gestellt wurden, etwas
näher durchgehen, so müssen wir sagen, wenn die-
selben nur zum Teil durchgeführt werden sollen,
so kommen wir mit einem Beitrag von 40 Pfg.
überhaupt gar nicht aus. Hieraus ist zu ersehen,
daß es wohl genügend Mitglieder gibt, die gerne
dies oder jenes durchgeführt haben möchten, wenn
es aber ausbezahlt geht, dann wollen jene nicht
mitmachen. Wie reimt sich das zusammen? Greifen
wir nur mal das Eine heraus: die Lokalbeamten
sollen vom Verband aus befreit werden. Wenn
dies durchgeführt würde, was nur sehr zu wünschen
wäre, so würde dies allein schon dem Verband ein
Kapital von mindestens 35 000 Mark im Jahr
wegnehmen. Das eine Beispiel zeigt uns schon,
wenn wir nur einigermaßen rechnen wollen, daß
wir an einer Beitragssteigerung nicht vorbeikommen
können, wenn wir in Zukunft nur einigermaßen ge-
wonnener sein wollen. Darum Kollegen und Kolle-
ginnen, überlegt euch die Sache mal genau nach
jeder Seite hin, dann müßt ihr unbedingt zu dem
Schlusse kommen: eine Erhöhung der Beiträge ist
unvermeidlich, und weil sie notwendig ist, deshalb dürfen
wir uns auch nicht daran vorbeibrücken. Lassen
wir also allerorts den männlichen Entschluß, dem
Verbande treu zu bleiben in einem Augenblick, in
den wir Opfer bringen müssen, die uns besonders
schwer fallen, zeigen wir, daß wir für unsere Ueber-
zeugung auch noch 40 Pfg. bezahlen können in der
Woche, ja noch mehr, jezt wo viele ins Bankrot
toranen, heißt es besonders rege mit der Auf-
klärungsarbeit eingesetzt, um die Schwachen und
Bankrotten zu halten.

Kollegen und Kolleginnen, ziehen wir gewappnet,
mit dem Mut eines tapferen Gewerkschaftlers hinaus
und zwar unter die dem Verbande schon angeschredenen
Mitglieder, ziehen wir die Fäden zu überzeugen, daß
wir unbedingt im Interesse der Arbeiterkraft
voranzutreiben haben, wenn wir zum Ziele
kommen wollen. Keine Mühe und kein Opfer darf
uns jetzt zu groß sein, um unsere Mission als
Gewerkschafter in der richtigen Weise zu erfüllen.
Daraus heron zur ebenen Aufklärungsarbeit, keiner
stelle sich zurück, jeder soll sich sagen, ich will in den
widersten Reihen kämpfen, damit wir vorwärts
kommen. Also:

Nur die Fingel läßt geschlagen
Mut wird uns zum Ziele tragen.

Man spricht uns aus dem Hinter-
Da in letzter Zeit sehr viel Vorschläge und
Anträge zum Verbandstage gemacht wurden, will
ich mich meine Meinung äußern, besonders auf den
Artikel des E. Satzes in Nr. 31 unseres Organs.
Recherchieren es, als ob sämtliche Bestimmungen

zur Beitragssteigerung auf die Stärkung der Zentral-
kasse bedacht waren. Kollege Sch. will die Gehälter
der Beamten erhöhen und dafür einen höheren
Beitrag und zwar so, daß das Grundgehalt des
Lokalbeamten 1600 Mk. beträgt mit jährlicher
Steigerung von 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von
2400 Mk. Das Grundgehalt des Bezirksbeamten
soll 1800 Mk. steigen bis 2700 Mk. betragen.
Sch. will die Gehälter der Lokalbeamten einheitlich
geregelt sehen, bekennt aber nicht, daß die Orts-
verhältnisse nicht überall dieselben sind. Gibt es
hoch Gebenden, wo das Arbeitsverdienst 2.50-3.00
Mk. täglich beträgt. Dazu steht das Gehalt des
Lokalbeamten dann gar nicht mehr in einem
Verhältnis.

Die Gehälter will Kollege Sch. erhöhen, da-
gegen die Steuerunterstützung reduzieren. Wenn
auch in dem einen oder anderen Falle das Steuergehalt
etwas hoch ist, wir haben doch den Grundtag: Alle
für einen und einer für alle. Wenn sich die Zug-
burger Tagung mit solchen Angelegenheiten befaßt,
dann wird m. E. das Gewerkschaftsleben dadurch
geschwächt.

Am Schlusse seines Artikels meint Kollege Sch.,
daß in den unteren Klassen die Unterstützungen teils
ganz gering sein, teils ganz in Wegfall kommen
könnten. Dann profitieren aber die Kollegen aus
schlecht entlohnenden Bezirken von dem Wohlfahrts-
einrichtungen unseres Verbandes garnicht. Soll
das Interesse des ganzen Verbandes gewahrt werden,
dann muß gerade der ärmsten Kollegen gedacht
werden.
J. Habrich.

„Genossen“ als Arbeitgeber.

Im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker
und Schriftsetzer“ lesen wir nachstehende hübsche
Schilderungen, die aus neue dartun, daß dort, wo
die Genossen als Arbeitgeber auftreten, die „Ar-
beiterausbeutung“ ebenbürtig betrieben wird wie in
anderen bürgerlich-privatkapitalistischen Betrieben.
In Nr. 92 vom 11. August 1908 heißt es in einem
Verammlungsbericht aus Ebersbach u. Umgegend:

„Nachdem diese Angelegenheit vorläufig erledigt war,
mußte sich die Versammlung noch mit einer ebenso un-
erfreulichen Sache befassen, und zwar brachte Kollege
Ebel die Verhältnisse in der Druckerei von Th.
Mehner in Eisau zur Sprache. Von genannter
Firma wird die „Vollstimme für Nordböhmen“,
eine in Warnsdorf erscheinende sozialdemokratische
Arbeiterzeitung, hergestellt. Die Behandlung durch
Herrn Mehner läßt nicht nur viel, sondern fast alles
zu wünschen übrig. Derselbe wird im Aufpassen und
Antreiben noch von seiner Mutter sekundiert.
Die Bezahlung müssen oft lange über die gesetzliche
Arbeitszeit arbeiten und werden denselben auch
nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen
gewährt. Ferner werden nicht alle Kollegen tariflich
entlohnt. Die vorgenannte Arbeiterzeitung wird
von einem unorganisierten Maschinensetzer bei un-
tariflicher Arbeitszeit und zu einem noch nicht
das Handlöhnerminimum erreichenden Ent-
lohnung hergestellt. Alle Vorstellungen bei der Pres-
sionkommission bezw. der Redaktion genannter Zeitung sind
bisher erfolglos geblieben und wurde beschlossen, auch
gegen diese im Tarifverzeichnisse stehende Firma bei allen
zu Gebote stehenden Organen vorzugehen.“

Ebenfalls recht bezeichnend für die Zustände
in manchen sozialdemokratischen Druckereien ist nach-
stehende in Nr. 95 vom 18. August 1908 genannten
Blattes erschienene Notiz:

„Mühlhausen i. Thür. Sehr vielen Ärger und Ver-
druß hatte der Vorstand des hiesigen Ortsvereins mit
dem hiesigen Verleger des sozialdemokratischen Volks-
blattes, Herrn Richard Markwitz. Seit kaum zwei Jah-
ren Besitzer dieses Geschäfts, beschäftigt er sich mit aller-
lei Problemen, auf welche noch billigere Art er sein Blatt
für Wahrheit, Freiheit und Brüderlichkeit herstellen wollte.
Zuerst die Schmalschne, deren Inbetriebnahme mit der
Entlassung von vier Gehilfen, darunter zwei verheirateten,
verbunden war. Die Forderung, zur Bedienung der Sep-
maschine einen von den zur Entlassung gekommenen ver-
heirateten Kollegen anlernen zu lassen, lehnte er ab. Die
Bezahlungsfirma überschritt er durch Einstellung eines zwei-
ten Lehrlings. Nach vielen Verhandlungen wurde erreicht,
daß der Lehrling bis Ostern dieses Jahres aussetzen
mußte. Die sanitären Verhältnisse in diesem Geschäft
waren unter aller Kritik. Die Hunde des Herrn M.
benutzten den Arbeitsraum zur Verrichtung ihrer natürlichen
Bedürfnisse. Erst die energischen Anstrengungen unse-
rer Kollegen schafften hierin einigermaßen Besserung. Wenn es
galt, unserem Verband oder dem „Korr.“ ein auszu-
wischen, stand das hiesige „Volksblatt“ auf der Seite der
Hyperkritik und Anarchologien. Daß Markwitz
selbst kein Mitglied unseres Verbandes ist, bereitet ihm
wenig Kummer. Nach dem großen Krach im vergangenen
Jahre erlaubte er sich folgende Hebelstücken: Der ver-
heiratete Kollege E., der bei ihm Lokaldirektor und
Kassierer war, zugleich auch Vorsitzender des hiesigen
Gewerkschaftsartelles, mußte für M. viel kleinere Agitations-
touren machen. Die Entschädigung für betriebl. tost-
spielige Touren, bei der namentlich zwecks Gewinnung
von Abonnements und Anzeigen Restaurants aufgesucht
werden mußten, war betant niedrig, daß E. sich nach an-
derez Kondition umseh. Als M. dies erfuhr, warf er ihn
kurzerhand auf's Pflaster, so daß E. nach drei Wochen
arbeitslos war, ehe er Stellung bekam. Jetzt kommt
in die letzte Stanzleistung Markwitz“. Der bei ihm die
Funktionen eines Geschäftsführers wahrnehmende Kollege
L. schickte eine weibliche Hilfsarbeiterin, die an Sonn-
abenden nur bis 4 1/2 Uhr abends arbeiten darf, gegen
8 Uhr zu Hause, um M. vor eventueller Strafe zu be-
wahren. Am Montag aber machte M. hierüber dem
Kollegen L. die heftigsten Vorwürfe wegen angeblicher
Ueberschreitung seiner Befugnisse und überreichte ihm die
Abmahnung. Auch Kollege R. war verheiratet und mußte
bei Wochen erst arbeitslos liegen, ehe er in andere Stel-
lung gehen konnte. Also eine sogenannte Arbeiterfirma
wirft brutal denjenigen auf's Pflaster, der für
Zurechtaltung der Arbeiterkassen befreit ist.
Die Stellen von E. und L. wurden nicht
wieder besetzt. Das Personal besteht aus einem Ma-
schinensetzer, einem Schweißergewerke und zwei Lehrlingen.
Dieses Spiel mit den Existenzen verheirateter
Kollegen läßt es verstehen, wenn der Vorstand auf
Kareung des hiesigen Vorstandes alle verheirateten
Kollegen warnt, bei M. eventuell in Stellung zu gehen,
und die lebigen sein Merkmal auf die Verhältnisse auf-
merksam gemacht. Es sei für heute nur das Größte be-
richtigt! Sollte Herr Markwitz nicht bald Barmut an-
nehmen, wird er wohl am längsten Mitglied unseres
Verbandes gewesen sein. Der letzte Fall in Verbindung
mit dem Ueberhandnehmen des Maschinensetzers beschä-
tigt die Tarifkommission nach.“

„Ohne Profit raucht kein Schornstein“ denken eben auch die „Genossen“, wenn sie als Arbeitgeber auftreten. Dabei verstehen sie es ausgezeichnet, die in der Theorie verpöbten Praktiken der kapitalistischen Produktion nachzuahmen. Daß sich solche Leute als Sittenrichter der letzteren besonders gut ausnehmen, liegt auf der Hand. Doch halt, sie wollen eben nicht nach ihren Taten, sondern lediglich nach ihren Worten beurteilt sein.

Deutschlands Anteil am Weltmarkt.

Wenn man den Ursachen nachgeht, so schreibt das „Düsseldorfer Tageblatt“, die die nicht zu leugnende Spannung zwischen Deutschland und dem Auslande hervorgerufen, so stößt man schließlich immer wieder in erster Linie auf die starke wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands, dessen Stellung auf dem Weltmarkt von Periode zu Periode fortgesetzt einflußreicher wird. Noch immer steht zwar Großbritannien oben, aber es läßt sich nicht verkennen, daß sein Einfluß zurückgeht und der Deutschlands steigt. Die Beteiligung der beiden Rivalen am Weltmarkt zeigt die Verschiebung dieses Einflusses sehr deutlich. Im Jahre 1890 entfiel von dem Umsatz im Weltmarkt, die in Einfuhr und Ausfuhr zusammen einen Wert von 73,56 Milliarden Mark ausmachten, auf Großbritannien noch ein Anteil von 20,8 Prozent. An zweiter Stelle kam dann Frankreich mit 11,3, an dritter Deutschland mit 11,1 und an vierter mit 9,4 Prozent die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In den nächsten 16 Jahren war die Umsatzerhöhung auf dem Weltmarkt ganz gewaltig, so daß die Werte der Einfuhr und Ausfuhr zusammen sich bis auf 125,35 Milliarden Mark im Jahre 1906 erhöhten. Wohl steht auch noch in Jahre 1906 Großbritannien mit der Höhe seines Anteils am Weltmarkt an der Spitze. Aber von 20,8 ist er auf 17,4 zurückgegangen. Noch 1900 betrug er 19,1 Prozent. Von den folgenden Jahren bringt mit Ausnahme des Jahres 1906 jedes eine Abnahme. Es betrug nämlich in den einzelnen Jahren dieser Anteil in Prozent:

1901	1902	1903	1904	1905	1906
19,1	18,5	17,9	17,8	17,4	17,4

Auch im Jahre 1907 ist der Anteil Deutschlands am Weltmarkt stärker gestiegen als der Großbritanniens, obwohl die entgeltliche Feststellung noch nicht möglich ist. Frankreich, das 1890 noch an zweiter Stelle kam, hat gleichfalls von seiner früheren Position am Weltmarkt viel verloren: sein Anteil ist von 11,3 auf 8,9 Prozent zurückgegangen. Genossen haben in der sechsjährigen Periode hauptsächlich Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika; auch die letzteren relativ weniger als Deutschland, da sie in erster Linie Ausfuhrland sind, während Deutschland durch seine Einfuhr gleichfalls immer regere Beziehungen mit dem Auslande unterhält. Der Anteil der Vereinigten Staaten am Weltmarkt ist nicht einmal gleichmäßig steigend, sondern schwankt erheblich: sein Anteil betrug 1890 9,4 Proz., fiel dann bis auf 10,4 Proz. im Jahre 1901, um dann wieder etwas zu sinken, bis auf 9,7 Prozent im Jahre 1905. Im Jahre 1906 betrug er gerade 10,0 Prozent. Deutschlands Fortschritte sind dagegen stetig. Nur einmal trat eine Schwankung ein: Im Jahre 1900 stellte sich der Anteil Deutschlands am Weltmarkt schon auf 12,1 Prozent gegen 11,1 im Jahre 1890. 1901 sank diese Prozentzahl aber wieder auf 11,3 Prozent, um dann von Jahr zu Jahr langsam, aber unentwegt zu steigen. Der Anteil betrug nämlich in Prozent:

1908	1903	1904	1905	1906
11,3	11,4	11,6	11,9	12,4

Zweifellos hat sich der Anteil auch 1907 weiter erhöht. Vergleicht man nun die Spannung zwischen dem Anteil Großbritanniens und Deutschlands in den beiden Jahren 1890 und 1906, so ergibt sich, daß im Jahre 1890 Großbritannien noch 9,7, im Jahre 1906 nur noch rund 5 Prozent über Deutschland voraus hatte. In dieser Abnahme des Vorsprungs zeigt sich deutlich die Verschiebung des Einflusses, der beide Rivalen auf dem Weltmarkt ausüben. Auch an den absoluten Umsätzen des Außenhandels läßt sich diese Umwälzung erkennen. In nachstehender Uebersicht geben wir die Wertsumme der Einfuhr und Ausfuhr für die Jahre 1890, 1906 und 1907 in Mill. Mark:

	1890	1906	1907
Großbritannien	15 300,9	21 798,7	23 747,2
Deutschland	8 195,2	15 554,8	17 006,7
Ver. Staaten von Amerika	6 918,0	12 475,4	13 924,2
Frankreich	8 337,0	11 134,8	9 271,7
Belgien	4 909,8	8 630,3	—
Niederlande	4 011,0	7 816,5	—
Oesterreich-Ungarn	2 349,5	4 257,9	3 973,5
Rußland	2 634,8	3 512,8	3 646,5

Wenn man diese Ziffern überblickt, so haben nur zwei Länder ihre Umsätze auf das Doppelte gesteigert: nämlich die Vereinigten Staaten und Deutschland. Für Deutschland ist aber die Steigerungskurve sogar noch etwas höher als für die Vereinigten Staaten. Absolut hat von 1890 bis 1907 der Wert der Umsätze im Außenhandel Großbritanniens um 8446,3, im Außenhandel Deutschlands um 8811,6 Millionen Mark zugenommen. Das sind trodene Ziffern, die aber Leben gewinnen, sobald man sich das Bestreben des Welthandels, die Absatzgebiete zu vergrößern und zu befestigen, vergegenwärtigt: die Einflußsphäre Deutschlands auf dem Weltmarkt wird immer größer und beengt die der anderen Länder in steigendem Maße. Was der wirtschaftlichen Rivalität ergeben sich aber weiterhin gar leicht und erklärlich politische Reibungen.

Betrübte Lohgerber.

Da die „Genossen“ sich in Sachen ohnmächtig fühlen, irgend etwas für die Arbeiterschaft zu machen, müssen sie ihre Zeit damit verplempern, als vierzehn Tage ihr Organ mit altem Wohl auszufüllen. Wir haben schon früher erklärt, daß es uns aneufel, auf alle diese Sachen zu antworten. Wenn Genosse Kühnen die Kachener Kost noch immer nicht schätzen kann, mag er ruhig weiter lauen, bis er den letzten Pfennig heruntergewirgt hat, um dann nach einigen Jahren erfolgreicher Schimpferei wie Reis und Feinmalz lang- und kluglos aus Kachen zu verschwinden. Möglich ist es auch, daß ihn die Kachener Arbeiter durch dann und wann mit einem Verdammungsartikel zu Hause kommt. Auch in der letzten Nummer des „Zentralarbeiters“ bringt der Genosse Richter

zwei und eine halbe Spalte alten Kobl, den er, in Ermangelung etwas Besseren, wieder aus neue aufwäumt.

Das ganze Geschreibsel ist nur aus Wut darüber geschrieben, daß die bösen Christlichen in Kachen von dem „deutschen“ Verband nichts wissen wollen, weil letzterer eben in Kachen nicht tätig ist, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Ein einziges Mal hat er es versucht, und nach sechs Wochen konnten seine Beschäftigten in die Fremde ziehen und sich in anderen Berufen Arbeit suchen. In diesem einen Beispiel hatte die Kachener Arbeiterschaft genug.

Während nun Genosse Kühnen sich innerlich darüber freute, daß seine Mitglieder am Ende der Woche sehen würden, daß er auch noch in Kachen sei, wäre ihm bald das Maß überfließen, daß eine Belegschaft die Vertretung ihrer Forderungen beiden Verbänden übergeben hätte. Am 20. August berief unser Verband auf Wunsch der Arbeiter der Lohnweberei Kach eine Besprechung dieser Belegschaft ein. Dieselbe sollte den Zweck haben, einen Ausschuß zu wählen und verschiedene Mißstände zu besprechen. Bei der Ausschlußwahl waren es die Genossen, fünf an der Zahl, die sich weigerten, ein Ausschußamt anzunehmen. Ein solcher kam aber trotzdem zustande und wurde von Mitgliedern unseres Verbandes besetzt. Auf Vorschlag wurden des Ausschusses wurden sämtliche kleinen Forderungen bewilligt, jedoch die Hauptforderung, Einhaltung des allgemeinen Lohnwebereitarifs, erklärte die Firma der schlechten Konjunktur halber nicht bewilligen zu können. Dieses führte zu einer zweiten Belegschaftsbesprechung. In dieser sollte die weitere Verfolgung der Sache der Organisation übertragen werden. Nach der üblichen „Zusammenschlußbesprechung“, die seitens der Genossen bei allen Gelegenheiten angehängt wird, aber auch immer mit demselben Fiasko für dieselben endet, wurde Abstimmung beantragt. Besonders waren es die Herren Kühnen und Lang, die sich mit aller Macht in die Riemen legten, um eine Majorität zu bekommen.

Die Abstimmung, die von einem Genossen konstituiert wurde, ergab denn auch 15 Stimmen für beide Verbände und 14 dagegen. Genosse Kühnen ließ über von Dankesworten und pries die Vernünftigkeit der Belegschaft, wodurch der „deutsche“ Verband zum erstenmal mit einer Stimme Majorität „geseigt“ hatte. Den Kollegen Klütting, der als Vertreter unseres Verbandes anwesend war, forderte er auf, sich zu erklären, ob er dieses Resultat annehme oder nicht. Mit jedem seiner Worte wuchs seine Begeisterung. Doch, o Schicksal! Während Kollege Klütting erklärte, daß er die Genossen um die eine Stimme Majorität nicht beneide, er aber den Beschluß ablehne, brach schon das Mißgeschick herein. Er wurde vom Ausschuß unterbrochen, mit der Bemerkung: „Die Abstimmung ist falsch“. Eine neue Konstituierung ergab 15 gegen 15 Stimmen. Der Genosse hatte also eine Stimme unterdrückt. Derselbe entschuldigte sich damit, jehem könne ein Irrtum unterlaufen. Ob derselbe absichtlich herbeigeführt war, konnte nicht festgestellt werden, aus geschlossen ist dieses nicht. Kollege Klütting verlangte nun eine neue Abstimmung, welcher Verband die Vertretung der Sache übernehmen solle. Diese ergab 15 Stimmen für unseren Verband und 10 für den „deutschen“ bei fünf Stimmenthaltungen. Machten Kühnen und Lang bei der Feststellung der Falschung schon lange Gesichter, so wurden dieselben bei der zweiten Abstimmung noch viel länger. All ihre Begeisterung war verloren, und wie die betäubten Lohgerber zogen sie von dannen. Eine Stimme Majorität und diese war gefächelt. Köstlich aber bitter.

Ein weiteres Fiasko machten die „deutschen“ Führer am 27. August mit der Belegschaft Haas und Fabrenberg. Die Belegschaft hielt es nur zu einem Drittel der Nähe wert, dem Ruf der „deutschen“ Führer zu folgen, und mit Bedauern mußte Genosse Kühnen die Besprechung resultatlos schließen. Weil es den „deutschen“ Führern nun so in Kachen ergiebt, deshalb immer der alte Leierkasten. Was den letzten Artikel in Nr. 35 des „Deutschen“ anbelangt, so möchten wir darauf antworten.

Der Artikelsschreiber ist noch immer nicht mit der problematischen Einführung des Doppelstubs in Kachen einverstanden. Wir haben den Genossen schon mehr als genug die diesbezüglichen Verhältnisse in ihren eigenen Domänen vorgehalten. Nutzt alles nichts. Während nun die „deutschen“ Führer sich auf Seite 279 wieder mal Lust machen, spielt ihnen ihr eigenes Organ in derselben Nummer Seite 278 wieder einen bösen Streich. In einem Artikel „das Wehrtauschsystem“ wird folgendes den Genossen mal wieder vorgelegt:

„Wir schlagen vor, daß in allen Nationen die Organisationen angehalten werden, ihre Forderungen hinsichtlich der Arbeits- und Lohnbedingungen geltend zu machen in der Richtung der Verminderung der Konkurrenz, welche Unternehmer mit der menschlichen Arbeit treiben; sie müssen unverzüglich höhere Löhne verlangen, unter Erweiterung der Arbeitsstunden von mehreren Stunden, jedoch nur auf der Basis einer Erhöhung des Lohnes für jeden Stuhl in allen Zweigen der Textilindustrie.“

Dieses soll dem internationalen Kongress vorgelegt werden. Ob dieser nun gelten soll für die sozial. Verbände, oder ob die Christlichen mit eingeschlossen sind, geht nicht daraus hervor. Auch ist es möglich, daß die Kachener Genossen wegen dieses Punktes sich vom internationalen Kongress ausschließen, um nachher weiter klauen zu können.

Auch die Bewegung der Firma Meyer 1906 wird wieder aufgewärmt. Man muß annehmen, daß in den letzten neun Monaten auch über derartige Bewegungen die „deutschen“ Führer ihr Organ nicht gelassen haben. Sie wußten nämlich gefunden haben, daß die „deutschen“ Führer unter ähnlichen Verhältnissen in Krefeld noch ganz anders verfahren haben, als die Christlichen in Kachen. Wir erinnern nur an die Artikel im „Deutschen“ über diese Bewegung, sowie an die Ausführungen der Krefelder auf der letzten Generalversammlung. Was nun nach die Bewegung der Firma Königsberger in Kachen anbelangt, möchten wir bemerken, daß Kühnen noch in der letzten Minute erklären konnte, wenn wir verflören, verkörtern wir ehelich und wir machen eine Faust in der Tasche. Er hat sich wahrscheinlich das Ideal seines Vorgängers Feinhals angeeignet, der sich eine zweite Aussperrung wünschte, um, wie die sozial. „Kleinliche Zeitung“ sagte, der Kachener Arbeiterschaft klar zu machen, daß Aussperrungen kommen müssen, um den Zukunftsstaat einzuführen. Also nur aus sozialdemokratischen Prinzipien wird auf gewerkschaftlichen Gebiete gekehrt. Auch hierbei wollen wir den Herren „Deutschen“ antworten, nur möglichst ihr eigenes Organ zu indurieren und einmal die Bewegung in der Wirkereindurierung

zu verfolgen. Was der „deutsche“ Verband sich dort geleistet und nach 32 wöchentlichem Kampfe zu geben hat, hat der christliche Verband in Kachen noch niemals gemacht. Also, ihr Herren Genossen, euer eigenes Organ ist euer böser Spiebel. Nur so weiter verfahren, kann wird in baldiger Zeit kein Mensch diese Herren mehr ernst nehmen. Die Kachener für heute schon nicht mehr, das haben in der Bewegung Königsberger die eigenen Genossen bemerkt, die für die Artikel des Herrn Kühnen nur ein Kopfschütteln und ein mitleidiges Nicken hatten.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unserm Bezirk.

Wohlt-Gronau.

Am Sonntag, den 23. August hielten die Ortsgruppen bezw. Zahlstellen Gronau, Ochtrop, Epe, Glanerbrug, Loffer, Loffer-Weld, Glane und Enschede, vertreten die Vertrauensmänner und Vorstände im „Westfälischen Hof“ zu Gronau eine Konferenz ab. Zur Beratung standen die Anträge zur Verbandsgeneralversammlung. Nachdem Kollege Sparenberg in seiner Einleitung darauf hingewiesen hatte, daß die Reformen, welche der Verbandstag 1906 in Frankfurt eingeführt habe, nicht den Erwartungen entsprechen habe, referierte Kollege Lenjing über die nötigen Veränderungen und Neuerungen im Unterstützungsweisen. Die gegenwärtige Krise habe uns auf die Arbeitslosenunterstützung aufmerksam gemacht. Wichtig sei aber, wenn der Verband den vermehrten Aufgaben und Leistungen entsprechen soll und die Zentralstelle leistungsfähig bleiben solle, eine Erhöhung der Beiträge. Unser internationaler Sekretär Herr Huising gab in holländischer Sprache seine Zustimmung zu erkennen. Die Diskussion war eine sehr reger. Einige Kollegen hatten Bedenken, daß durch die Beitragserhöhung eine Mitgliederflucht stattfinden könne, andere meinten, in hiesiger Gegend sei keine Arbeitslosigkeit zu befürchten. Diese Besprechungen und Anmerkungen wurden durch die Mehrzahl der Diskussionsredner, welche sich für die Reformen und die Beitragserhöhung erklärten, widerlegt. Dieses war um so leichter, als sämtliche Veränderungen erst am 1. April 1909 in Kraft treten sollen, wo allem Anscheine nach die Konjunktur wieder eine bessere ist. Es wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß, wenn Vorstand und Vertrauensmänner nutzlos an der Aufklärungsarbeit der Mitglieder mitarbeiten würden, die Veränderungen leicht und ohne Mitgliederverluste durchzuführen seien.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige im Saale des Herrn Borlinghaus stattfindende Konferenz der Vorstände und Vertrauensmänner der Ortsgruppen Gronau, Epe, Ochtrop, Glanerbrug, Loffer, Loffer-Weld, Glane und Enschede erklärt sich im Prinzip für die nötigen Reformen und die Beitragserhöhung. Sie verpflichtet, mit aller Kraft in diesem Sinne unter den Mitgliedern auszuklären zu wirken.“

Berichte aus den Ortsgruppen.

Burgwaldbiel. Wie es den Arbeitern geht, welche glauben, ohne die Organisation auszukommen, davon einige Beispiele. In dem Betrieb der Firma Loffer, wo vor zwei Jahren der Streik ausgebrochen und bis jetzt noch immer die Sperre verhängt ist, wird nur 5 Tage pro Woche gearbeitet. Die Arbeiter, welche damals nicht mit ausgezeten sind, müssen jetzt das Material verarbeiten, was die Organisierten damals nicht verarbeiten wollten, und man kann sich denken, wie miserabel die Löhnungen ausfallen. In dem Betrieb der Aktiengesellschaft sind nur noch einige Weber beschäftigt, und ist das Verdienst derselben so schlecht, wie es in Schlesien nicht schlechter sein kann. Denn daß die Weber mit 14-tägigen Löhnungen von 10-12 Mk. nach Hause gehen, ist an der Tagesordnung. Herr Michael Berger, der Direktor dieser Firma, gibt sich alle Mühe, die paar organisierten Kollegen gegen den Verband und den Ortsgruppenvorstand aufzuheben. Es ist ihm aber bis jetzt noch nicht gelungen. Obgleich das Verdienst ein derartiges ist, daß nicht einmal ein Kostgänger davon leben kann, geschweige ein Familienvater mit seiner Familie, hat der Direktor in den letzten Tagen den Lohn noch auf 50 Pf. pro Stück reduziert, wodurch das Portemonnaie der Arbeiter pro Löhnung noch um ein paar Mark erleichtert wird. Wären die Arbeiter alle organisiert, dann wäre dies ganz bestimmt nicht passiert. Aber die Nichtorganisierten lassen sich lieber in der Woche 1-2 Mark am Lohne reduzieren, als daß sie 30 Pfennig an den Verband geben, und die organisierten Kollegen haben dadurch mitzuleiden. Wann wird die hiesige Arbeiterschaft einmal klug werden?

Cottbus. Daß die Idee der christlich-nationalen Arbeiterschaft in weitere Kreise hineingetragen, dazu dürfte die am 23. August im evangel. Vereinshaus abgehaltene Versammlung beigetragen haben. Das Sekretär hielt Herr Reichsstadthaltermeister Buchardt-Gobesberg, welcher sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise entledigte. Seine Ausführungen fanden den ungeheuren Beifall der ca. 200 Personen zählenden Huhorerenschaft. In der lebhaftesten Diskussion betonte der als Gast anwesende Herr Pastor Koch-Frankfurt a. O. namentlich die Notwendigkeit der sozialen Schulung der Arbeiter. Die Ausführungen dieses Herrn zeugten von einem tiefen sozialen Verständnis. Aus Forst waren erschienen die Kollegen Voigt und Schulze. Einigen anwesenden „Kirchen“ war es absolut nicht angenehm, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung als die einzig neutrale und als die für jeden christlich denkenden Arbeiter notwendige Organisation empfohlen wurde, deshalb polemisierte einer der „Kirchen“ gegen die christlichen Gewerkschaften. Es wurde ihm aber seitens des Referenten, wie auch durch die Kollegen Voigt und Schulze eine energiegelte Abfertigung zuteil. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Döhren. Am 23. August fand in Döhren bei Herrn Gastwirt Wichmann eine Versammlung der christlichen Rabatt-Genossenschaft statt. Zuerst wurde ein neuer Vorstand gewählt. Als erster Vorsitzender wurde Kollege D. Wenz, als zweiter Vorsitzender Kollege F. Wader und zum Schriftführer Kollege F. Kaiser, als Kassierer in Döhren Kollege Apel, in Büffel Kollege Simmermann, zum Hauptkassierer Kollege Juh. Lins gewählt. Daß ein sehr starkes Interesse herrschte, konnte man an dem zahlreichen Besuche sehen, denn es waren nicht weniger als 15

Geschäftsleute erschienen. Nach längerer Diskussion erklärten sämtliche Geschäftsleute, daß alle festschenden Artikel Rabatt zu gewähren. Darauf forderte der Vorsitzende alle Mitglieder auf, darauf hinzuwirken, daß alle organisierten Arbeiter nur da kaufen, wo uns Rabatt gewährt wird. Um den Kollegen, die in der Versammlung durch Abwesenheit glänzten, Klarheit zu verschaffen über das Rabattsystem, werden Formulare gedruckt, in denen alle Geschäftsleute verzeichnet sind. Die Formulare werden jedem Verbandskollegen zugestellt werden.

Dülken. Laut Beschluß der Vorstand- und Fördererkonferenz vom 27. August wird der Sozialbeamte Fried. Pech aus Bierfen von Mittwoch, dem 2. September dieses Jahres an jeden Mittwoch Nachmittag von 5-8 Uhr abends in der Restaurierung Uemmelan am Markt Sprechstunden für unsere Kolleginnen und Kollegen einrichten. Unsere Mitglieder werden nun ersucht, alle Begeherten innerhalb der einzelnen Betriebe, welche für uns von Interesse sind, dem Kollegen Pech zu melden. Gleichzeitig erhalten unsere Mitglieder gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches kostenlose Auskunft über alle das gewerbliche Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen.

Forst (Saulth). Arbeitslosen-Unterstützung und unsere Verbandsgeneralversammlung in Augsburg, laute das Thema, über welches Kollege Voigt in unserer Mitgliederversammlung am 22. August referierte. Auch unsere Organisation müsse zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung schreiten. Redner begünstigte die Notwendigkeit in überzeugender Weise. Mit dem Antrag des Zentralvorstandes, den Redner eingehend besprach, erklärten sich die Mitglieder im allgemeinen einverstanden. Genossenschaft wurde aber auch ferner eine Wächterinnenunterstützung und nicht eine gegenseitige Aufrechnung von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Befragt wurde noch, daß am Sonntag, den 30. August ein Spaziergang nach Koyne stattfinden soll. Abmarsch nachmittags 2 Uhr am Bahnhof. Die Kollegenenschaft möge sich zahlreich beteiligen. Nach Besprechung von Mißständen in einigen Betrieben sollte die interessante Versammlung geschlossen werden. Da füllten sich aber einige „praktische Gewerkschaftler“ heraus, allerlei Verdächtigungen gegen unsern Ortsgruppenvorstand vom Stapel zu lassen. Dadurch wurde die Versammlung übermäßig lang ausgedehnt, und die betreffenden Mitglieder bekamen sich wieder einmal auf Neue zu denen, deren Personalscheine abgelehnt ist, die aber gleich versagen, sobald das Bier- und Mithelien angeht. Die anwesenden Mitglieder erkannten aber das unsaubere Treiben wohl und werden solche Freunde entsprechend einschärfen.

Lambrrecht (Pfalz). Am 20. August hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab. Kollege Lay eröffnete dieselbe und erteilte nach einigen Begrüßungsworten dem Arbeitersekretär Bernhardt aus Neustadt das Wort zu seinem Vortrag. Dieser sprach in fünfviertelstündiger Rede über: „Wichtiges aus der Arbeiterversicherungsgesetzgebung“. Redner legte in verständlicher Weise den Versammelten die wichtigsten Bestimmungen dieser Gesetze klar und gab den Mitgliedern praktische Winke, wie sie sich bei Unglücksfällen und dergl. zu verhalten hätten. Namens der Versammlung dankte der Vorsitzende dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen. Auch wurden die Anträge zur Verbandsgeneralversammlung durchberaten. Der Wunsch sämtlicher Mitglieder ist, daß alle Beitragsklassen freigegeben werden. In der regen Diskussion wurde auch das 10-jährige Bestehen besprochen. Es wird im September abgehalten werden. (Das Nähere wird noch bekannt gegeben.) Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Es sei noch daran erinnert, daß das Frankengeld jeden Samstag, abends von 6-1/8 Uhr beim Kassierer Johann Stumpf, Priegerstraße (neben der Wirtschaft Weder), ausbezahlt wird. Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß unsere Ortsgruppenbibliothek, welche beim Vorsitzenden untergebracht ist, in Zukunft besser benutzt werden muß. Seine Vorsitzenden sind auch Zigarren erhältlich, möchten die Kollegen ihn auch unterstützen.

Langenberg (Rhein). Unsere Mitgliederversammlung hatten wir am Sonntag, den 22. August im Feldschloßchen. Dieselbe war recht interessant, wurde doch über die Arbeitslosen-Unterstützung und über die Wünsche und Anträge zur Verbandsgeneralversammlung verhandelt. Auch hier haben wir zwei arbeitslose Mitglieder. Kollege Rümmele - Greig legte den Kollegen eingehend dar, wie notwendig es für unseren Verband ist, daß wir die Arbeitslosen-Unterstützung einführen, damit wir in Zukunft unsere Mitglieder unterstützen können, wenn sie unverdient arbeitslos werden. Der ebenfalls anwesende Kollege Tiz-Gera gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die geplanten Maßnahmen einen Fortschritt für uns seien.

Mülheim a. Rhein. In der am 26. August stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten die Anträge zur Verbandsgeneralversammlung zur Diskussion gestellt. Da im Vorbergrunde der Anträge ungewissheit die Arbeitslosenunterstützung und die damit verbundene Beitragserhöhung steht, so stellte man diesen Antrag zuerst zur Diskussion. Nach einem kurzen Vortrag unseres Bezirksvorsitzenden Kollegen Fahrbrach wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die damit verbundene Beitragserhöhung als notwendig anerkannt, und die Mitglieder erklärten sich für eine Erhöhung jeder Beitragsklasse um 10 Pf. für männliche Mitglieder. Die niedrigste Beitragsklasse für männliche Mitglieder dürfe nicht unter 40 Pf. sein, jedoch müsse es jedem Mitgliede freigestellt sein, sich eine bestellige Beitragsklasse zu wählen, damit den freiwilligen Mitgliedern nicht die Hände gebunden seien. Im Verlauf der sehr regen Diskussion wurde des öftern darauf hingewiesen, daß, so notwendig auch die verdienstentziehenden Unternehmungen sein mögen, das Hauptbestreben doch darauf gerichtet bleiben muß, eine recht starke Zentralkasse zu haben, denn nicht allein die Zahl der Mitglieder imponiere den Unternehmern, sondern hauptsächlich eine recht gut gefüllte Zentralkasse. Mit deren Hilfe müssen wir uns bestreben, unsere wirtschaftliche Lage so zu gestalten, daß wir uns auch bei einer schlechten Konjunktur über Wasser halten können. In Betreff des Antrages: Einführung eines Verbandsausschusses, waren die Mitglieder der Ansicht, daß es viel zweckmäßiger sei, den Zentralvorstand auf neun bis elf Personen zu erweitern, jedoch müsse hierbei auch der interkonfessionelle Charakter unseres Verbandes berücksichtigt werden. Bei großen Streiks und Aussperrungen sollten jedoch drei von diesen betroffenen Kollegen mit beratender Stimme zum Zentralvorstand zu den Sitzungen hinzugezogen werden. Sodann wurde der Wunsch ausgesprochen, daß bei Streiks, Aussperrungen oder Maßregelungen nicht nur die Kinder der betreffenden Kollegen,

sondern auch die nachweislich von den Kollegen zu wertschätzenden Eltern berücksichtigt werden, denn diese Kollegen haben noch für ihre alten Eltern zu sorgen. Der im Oktober beginnende Unterrichtskursus von Seiten des Ortsterritoriums findet alle vierzehn Tage statt, außerdem sind für den Winter drei große Versammlungen mit Lichtbildern vorgesehen, weshalb der Wunsch wohl berechtigt ist, daß sich die Mitglieder recht zahlreich am Unterrichtskursus beteiligen mögen. Die Versammlung war sehr anregend und belehrend, und es wäre sehr zu wünschen gewesen, daß alle Mitglieder sich daran beteiligen hätten.

Neumünster. Am 22. August hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, an welcher auch einige Mitglieder der neu gegründeten Ortsgruppe der Hilfs- und Transportarbeiter teilnahmen. Unser Bezirksvorsitzender, Kollege Camps sprach zuerst über die Konsumvereinsfrage, da über dieselbe in den letzten Versammlungen schon mehrfach diskutiert worden war. In längeren Ausführungen legte der Referent die Gründe für und gegen die Gründung eines Konsumvereins dar; es wurde die Sache auf Antrag an eine Kommission von 4 Mitgliedern verwiesen, die das Weitere vorzuschlagen soll. Abschluß wurde zu den Verbandstagsformalitäten Stellung genommen. Kollege Camps empfahl die Annahme des Zentralvorstandes, da wir uns immer das Wohl der Gesamtheit vor Augen stellen müßten. In der Diskussion wurde besonders die Reduzierung des Krankengeldes bedauert. Im Schlußwort streifte der Referent noch kurz den vor kurzem stattgefundenen christlichen internationalen Kongreß der Arbeiterführer in Zürich. Mit einem hoch auf die christliche Arbeiterbewegung und ihre Führer fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Schluß.

Soran (Niederlausitz). Ueber Arbeitslosenunterstützung und deren Einführung in unseren Verband sprach Kollege Hermann Voigt-Forst in unserer Ortsgruppe am 19. August. Seine Ausführungen fanden die Zustimmung der Mitglieder, die sich sämtlich für Arbeitslosenunterstützung aussprachen und die dadurch nötige Änderung unseres Beitrags- und Unterstützungsweises befürworteten.

Sagan (Schlesien). Der Kollege Voigt-Forst referierte in unserer Mitgliederversammlung am 18. August über Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbandsverband. Als moderne Gewerkschaft müßten auch wir diesen Unterstützungsgegenstand einführen. Die dringende Notwendigkeit erkannten die Mitglieder an und stimmten auch für die nötigen Änderungen in Bezug auf Beiträge und Unterstützungen.

Aus unserer Industrie.

Zur Lage im Textilgewerbe.

Es ist nicht immer angenehm, Prophet zu spielen und eine gegebene Voraussage erfüllt zu sehen! Das Unangenehme einer solchen Situation ist uns diesmal beiseite gelassen worden in Bezug auf unsere Hinweise auf die weitere Gestaltung des Arbeitsmarktes im Textilgewerbe. Die in der vorübergehenden Konjunktur hervorgerufenen Anzeichen ließen uns eine Verschlechterung dieses Arbeitsmarktes für den damals laufenden Monat (Juli) als unvermeidlich voraussehen. Heute nun liegt der Anweis über die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Juli vor und es ergibt sich daraus, daß eine weitere Verschlechterung zwar allgemein zu konstatieren gewesen, daß aber diese Verschlechterung in besonders fühlbarem Maße über die Textilindustrie herabgekommen ist. In der Textilindustrie vor allem hat der Geschäftsgang infolge der zur Durchführung gekommenen Betriebsbeschränkungen in der Baumwollindustrie merklich nachgelassen. In Städten wie Barmen, M.-Gladbach und Alfeld ist der gesamte Arbeitsmarkt durch die Geschäftslage der Textilbetriebe nachteilig beeinflusst. In Barmen wurde zur Verminderung des Ueberangebotes mehr als 100 Arbeiter von der Stadtverwaltung zur Suppenreinigung eingekleidet. Hier wird also als der Hauptbeschäftigte die Baumwollindustrie bezeichnet. Damit soll nun durchaus nicht gesagt sein, daß es in anderen Gewerben bezw. Gewerkschaften anders oder besser aussieht. Mit einzelnen Ausnahmen ist der Beschäftigungsgrad in der ganzen Textilindustrie ein äußerst geringer. Neuerdings wird beispielsweise auch aus dem Niederlausitzer Leinwandgewerbe eine Betriebsbeschränkung angekündigt und insbesondere heißt es von der mehrgliedrigen Keimweberei Sorau, daß sie in der Folge ihre Betriebe auf fünf Tage in der Woche zu beschränken beabsichtigt.

Zunehmend empfindet namentlich die Baumwollindustrie die gegenwärtige Krise äußerst drückend. Es handelt sich hier um eine internationale Erscheinung, und deshalb waren bereits seit längerer Zeit Bestrebungen zu verzeichnen, dem Uebelstande durch internationale Maßnahmen zu fernern. Soweit speziell die Baumwollindustrie in Betracht kommt, lagen auch schon konkrete Vorschläge und sogar Beschlüsse vor. So befaßte sich der internationale Baumwollkongreß, der vor einigen Monaten in Paris stattfand, bekanntlich ganz eingehend mit einem eingehenden Vorschlag, bezugs Sicherung oder doch Milderung der Krise in allen Ländern einseitig die Betriebe einzuschränken.

Es gewinnt aber fast bei jeder Annahme, als ob die Zeit für solche internationale Vereinbarungen noch nicht gekommen sei. Es sei bei dieser Gelegenheit an das Schicksal des internationalen Arbeiterkongresses erinnert, das gerade in dem Augenblicke stattfand, als seine Wirkungen fühlbar in die Erscheinung treten sollten. Die Gegenwart der einzelnen Länder in Bezug auf die Arbeits- bezw. Arbeiterbeschäftigung läßt sich eben nicht mit papierenen Resolutionen aus der Welt schaffen, und wenn letztere gar bis an den Lebensrand herantreten, sind sie nicht nur nutzlos, sondern auch schädlich, sind die im nächsten Augenblicke durch den Kongreß festgesetzte internationale Solidarität allgütlich in die Länge gezogen. Nicht anders ergeht es den Plänen der internationalen Vereinigung der Baumwollspinner zu ergeben. Reingehalten wird von ihnen ist schon berichtet, daß sich die Unmöglichkeit ihrer Durchführung herausgestellt habe. Eine Erklärung aus Paris besagt, daß die französischen Baumwollspinner es mit aller Entschiedenheit ablehnen, ihre Gewerkschaften zu veräußern, da sie fürchten, dadurch ihren Arbeitern zu verlieren. Sie behaupten, daß die Krise einzig und allein durch die ohne jede Berechnung erfolgte Verzögerung der Betriebe und durch die Gründung von neuen Baumwollspinnereien in England verursacht worden sei, und daß für die französischen Spinner keine Veranlassung vorliege, ihr Geschäft durch die verlassenen Maschinen zu schädigen. Zurecht ist an dieser Stellung vor-

nehmlich, daß England die Schuld für die mifflischen Zustände zugeschoben wird. Ein gleiches war seiner Zeit auch in der Angelegenheit des Schicksals des internationalen Arbeiterkongresses der Fall. Die Engländer bezogen anscheinend wieder einmal, daß bei ihnen für Geschäftspolitik oder auch nur für Rücksichtnahme auf die Interessen anderer Leute kein Verständnis besteht, daß sie vielmehr nur das nackte Interesse ihres Geldbeutels maßgebend sein lassen. Die Methode, wie sie dies zu fördern streben, erinnert fast an die ihrerseits seit Jahrhunderten auf dem politischen Gebiete verfolgte Methode, durch die sie es zu allen Zeiten vorzüglich verstanden haben, sich durch andere die Kapanien aus dem Feuer holen zu lassen.

Was unsere deutschen Baumwollspinner angeht, so zeigt ein Blick in die Geschäftsberichte über das mit Juli zu Ende gegangene Geschäftsjahr, daß noch lange nicht jedem einzelnen von ihnen, wie man es nach dem vielfach erhobenen Geschrei bemerken hätte annehmen können, durch die gegenwärtige Geschäftslage das Messer an die Kehle gelegt worden ist. Wenn die vielfach horrenden Profite aus der vorangegangenen Hochkonjunkturperiode mit in Berücksichtigung gezogen werden, so ergibt zumeist, daß man auf jener Seite die Wirkungen der Krise sehr wohl zu ertragen imstande sein würde, ohne die Arbeiter den Reich des Rückganges bis zur Hefe leeren zu lassen. Vor uns liegt der Bericht der Baumwollspinnerei Mittelsida. Diese Firma kann auch in diesem Jahre wieder, bei einem Aktienkapital von 2,500,000 Mark, eine Dividende von 24 Prozent verteilen, trotzdem der Bericht ausdrücklich vermerkt, daß in den letzten Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres eine empfindliche Geschäftsabnahme eingetreten sei, „so daß“, heißt es im unmittelbarem Anschluß daran weitgehend weiter, „die meisten Webereien und Strumpfwebereien ihren Betrieb wesentlich einschränken mußten.“ Der Reingewinn ist mit Mark 889,231 sogar noch größer, als derjenige des vorangegangenen Geschäftsjahres mit Mark 766,243. Durch diese Gegenüberstellung empfindet man so etwas wie Neugier, auch in die Berichte der übrigen größeren Werke einen Einblick tun zu dürfen. Es soll hier nicht verallgemeinert werden, aber die Ansicht vieler Leute, daß die Stellung der Textilindustriellen weit weniger gefährdet sei, als diese selbst es hin und wieder glauben machen wollen, wird durch Berichte wie den vorerwähnten sicherlich nicht erschüttert. Ueber die Zukunftsaussichten des Gewerbes glaubt derselbe Bericht seine Ansicht dahingehend zum Ausdruck bringen zu sollen, daß die laue Stimmung in der Textilbranche nicht von langer Dauer sein werde. Es wäre gewiß nicht uninteressant gewesen, erfahren zu können, worauf die Verwaltung diese Ansicht stützt. Da dies nicht der Fall ist, so müssen wir uns an andere Momente halten.

Sagt man die Tendenz des Marktes in der Textilindustrie allgemein ins Auge, so bietet dieselbe gegenüber der in unserm vormonatlichen Bericht gekennzeichneten einen wesentlichen oder auch nur nennenswerten Unterschied nicht. Sie läßt sich wiederum dahin charakterisieren, daß stellenweise mit höheren Notierungen operiert wird, um eine Stärkung des Marktes als tatsächlich vorhanden herauszutreten zu können, daß aber der Verbrauch (allgemein: Fabrikation und Konsum) zum Scheitern an eine solche Stärkung nicht zu bewegen ist. Der Verbrauch läuft im Gegenteil nur das, was er am nächsten gebraucht, in dem Glauben, daß die Preise in Kürze wieder eine Abwärtsbewegung erfahren werden. Diese Grundtendenz wird auch durch etwaige, etwas abweichende Stimmungsbilder aus Einzelindustrien nicht verdrängt, denn die günstigen Erträge, die letzteren in das Bild hineinzubringen versuchen, werden durch um so ungünstigere Nachrichten aus anderen Zweigen der Industrie wieder alsbald retouchiert. So kann es für die Allgemeintendenz nicht abändern ins Gewicht fallen, wenn aus der Damenkleiderfabrikation gute Meldungen einlaufen, die auf die außerordentlich starke Beschäftigung mit der Auslieferung für die nächste Sommerzeit zurückzuführen sind, daß ferner selbst aus den wiederkehrenden Baumwollwebereien hin und wieder von etwas besserer Nachfrage die Rede ist, und daß schließlich auch der Preis der Rohwolle ein etwas lebhafteres Gesicht zu verzeichnen hatte: es sind das alles Momente, die gewissermaßen nur ein Aufplustern darstellen, von dem bis zum allgemeinen Durchbruch einer zuverlässig fundierten Zukunftsbekämpfung noch recht weit ist. Der wäckerne Beobachter wird es deshalb ablehnen, sich durch gegenwärtige Berichte heimsuchen zu lassen. Wenn man den betreffenden Bericht auf den Grund geht, wird man durchweg sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß sie eigentlich weitestgehende Stützpunkte für andere Aussagen der Lage nicht bieten. Die Berichte selbst in größeren Handelszeitschriften sehen sich nicht selten auf den ersten Blick abseits nicht unangenehm an. Es stellen sich indessen in weiteren Verläufe zuweilen so viele „Wann“ und „Aber“ ein, und es werden so viele Voraussetzungen vorausgesetzt, daß man schließlich nicht länger ist, „als wie zuvor“.

Um ganz vorsichtig zu Werke zu gehen, darf man vielleicht zu irgendeinem Schlußergebnis sich bestimmen: Eine unzulässige Verschönerung haben die letzten Wochen im allgemeinen nicht gebracht. Zwar können Einzelverläufe erst jetzt die volle Wirkung der Krise zu vertragen; andere aber haben dieselbe angeordnet größtenteils schon überwunden und lassen bereits Anzeichen einer Besserung verzeichnen. Dennoch möchte man für die Gesamtlage einen gewissen Stillstand annehmen, wenn nicht gar eine Ueberbitterung des Hörsens. Berücksichtigt man dabei, daß, im Gegensatz zu dem gewöhnlichen Tempo des Umwälzens einer Krise, ein Erhalten von den Folgen einer solchen nur sehr langsam, kaum merklich vor sich geht, so wird eine allmähliche Besserung erwartet werden dürfen, wozu nicht allzusehr unerwartete starke Erleichterungen in nächster Zeit sich einstellen. — Das ist allerdings wenig, aber doch etwas und besser wie nichts!

Gewerkschaftliches.

Aus unserer Verbände.

Der Zusammenbruch einer Terroristenliga. Vor längerer Zeit wurde in der sozialdemokratischen Presse ein sogen. „christlicher Terroristenliga“ mit großem Getöse angekündigt. Mitglieder des christlichen Schwabenerverbandes sollten in Stuttgart bei

Achaffenburg einen „freien“ schwer mißhandelt haben, weil er nicht zu den Christlichen habe übergetreten wollen. Der Bezirksleiter Weder des christl. Schwabenerverbandes veröffentlichte daraufhin eine unterschriebene Erklärung des angeblich terrorisierten Ludwig, daß die stattgefundene Schlägerei mit der Verbandzugehörigkeit nicht das allergeringste zu tun habe.

Jetzt spielen die Sozialisten einen Haupttrumpf aus. Sie brachten ebenfalls eine Erklärung desselben Ludwig, worin das Gegenteil behauptet und die erste Erklärung als erschwirbelt bezeichnet wurde. Gegen diesen Vorwurf erhob Weder Verteidigungslage, deren Ausgang das ganze Uügen- und Schwindelmauer der Sozialdemokraten aufgebrocht hat.

Vor Gericht wollte Ludwig nur deshalb die erste Erklärung unterschrieben haben, um dadurch die Nichtmitverantwortlichkeit Weders zu bestätigen — wozu eine Unrede. Als aber der Vorsitzende fragte, wie er dazu komme, in der zweiten (die von den Sozialdemokraten vorgelegten) das Gegenteil zu behaupten wie in der ersten, da — man höre und staune — gab Ludwig zur Antwort: „Hätte ich gewußt, was in der Erklärung stand, dann hätte ich dieselbe nicht unterschrieben.“

Uffo nicht die erste Erklärung des christlichen Bezirksleiters Weder war erschwirbelt, sondern die zweite der Sozialisten. Wo war mithin die Wahrheit und wo der Schwindel?

Weder geht zu dem „frei“ organisierten Ludwig, bespricht mit letzterem den ganzen Vorfall, geht sechs Tage später mit den auf 2 Exemplaren niedergelegten Aussagen wieder zu L., liest auf Wunsch von Ludwig die Erklärung vor und L. unterschreibt unangefordert, er hält das eine Exemplar in Besitz und bemerkt noch zum Schluß, auch in Zukunft zu jeder Auskunft bereit zu sein.

Herr Vösch vom „freien“ Verband geht zu Ludwig, fabriziert eine Gegenerklärung, die die größten Unwahrscheinlichkeiten und Widersprüche enthält, läßt Ludwig keine Abschrift zu, und der „frei“ organisierte L. erklärt vor Gericht, den Inhalt der Erklärung, die ihm von dem „frei“ organisierten Kollegen vorgelegt wurde, nicht gelesen zu haben, sonst hätte er dieselbe nicht unterschrieben.

Diese „christliche Terroristenliga“ ist somit als eine raffinierte sozialdemokratische Lüge entlarvt. Ob die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse nun endlich genug ist, den wahren Sachverhalt mitzuteilen? Wir glauben's kaum.

Zürich — „Berlin“. Das Kartell christlicher Gewerkschaften Adhns hielt am 26. Aug. cr. eine Versammlung ab, in der nach eingehender Besprechung der Verhandlungen des Züricher Kongresses folgende Entscheidung zur Annahme gelangte:

Die Versammlung der christlichen Gewerkschaften Adhns erklärt sich mit dem Verlauf der Züricher Konferenz vollständig einverstanden. Die scharfen Ausführungen einzelner Redner, die teilweise nicht ganz korrekt und verächtlich in der Presse wiedergegeben wurden und daher in Deutschland verschiedentlich eine mißverständliche Auffassung erfahren haben, wurden hauptsächlich verursacht durch die feste systematische Vertretung der christlichen Gewerkschaften durch Vertreter katholischer Fachabteilungen bei den kirchlichen Behörden. Gegenüber etwaigen Unklarheiten über den Charakter der christlichen Gewerkschaften erklärt die Versammlung: Die christlichen Gewerkschaften sind unabhängig, selbständige Organisationsformen. Sie wurden geschaffen zur engheren wirtschaftlichen Interessenvertretung derjenigen Arbeiter, die die Grundzüge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung als mit ihren religiösen und vaterländischen Idealen unvereinbar halten. Mit der Schaffung von Sonderorganisationen zu den belagerten Zweigen sind die christlichen Arbeiter Deutschlands weiter gegangen als alle anderen Interessengruppen. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, daß die christlichen Arbeiter ihre Berufs- und Standesinteressen nicht vertreten wollen unter Beiseite-Setzung und Befähigung ihrer religiösen Ueberzeugung. Die Versammlung fordert die christlichen Arbeiter Deutschlands auf, unangehört an dem Weiterarbeiten der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. An die Arbeitskollegen des Auslandes richtet die Versammlung das Ersuchen, sich auf ähnlicher Grundlage wie die christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine wirksame wirtschaftliche Interessenvertretung zu verschaffen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Der „Gussor“ der „gelben“ Arbeiterwilligen. In der Glasfabrik zu Brachwitz streiken seit über zwei Monaten die Glasmacher. Durch Zugewinn von Arbeiterwilligen und durch Abfall eines Teiles der „Genossen“ von ihrer Organisation hat aber jetzt die Fabrik sozial Arbeitskräfte, daß der dritte Osten wieder in Tätigkeit gesetzt werden konnte. Die Interaktion des Offens veranlaßte die Arbeiterwilligen, an die Streikenden einen Brief zu schreiben, worin es u. a. heißt:

„Sehr geehrte Streikgesellschaft! Wir Unterzeichneten gestatten uns, sämtliche Streikwilligen zu dem Donnerstag tag stattfindenden feierlichen Jubelabend des Offens Nr. 3 herzlich einzuladen. Da diese Feier von besonderer Bedeutung für den wohlgeordneten und für ganz Deutschland interessanten Streit ist, erlauben wir Sie ebenso herzlich wie dringend, recht zahlreich zu erscheinen, damit sich die Feier recht imponierend gestalten könne. In Anbetracht des für Sie gewiß wichtigsten Ereignisses und Ihrer nicht zu unterschätzenden Gewerkschaften wäre es wohl am besten, wenn Sie im Gesicht mit Jubiläum und nach Möglichkeit mit Knäuel und Ring durch die Nase angefaßt, gegenüber dem Offens Nr. 3 auf der Brachwitz Straße Anstellung zu nehmen. Sehr geschmeichelt würden wir uns fühlen, wenn Sie dann möglichst zahlreich Ihr so gepriesenes Lied J.-A. und Wäh zum Vortrag bringen wollten. ... Wir sind überzeugt, daß Sie uns die Ehre erweisen werden, dieses Fest durch Ihre werke Anwesenheit bereichern zu helfen und begrüssen Sie mit vorzüglicher Hochachtung. Die alten und neuen Arbeiterwilligen der Streikgesellschaft Brachwitz.“

Man erzieht aus diesem Brief, wie demoralisierend der Streikbruch auf die moralischen Qualitäten des Menschen wirkt. Wer in dieser Weise zu seinem Streikbruch keine kämpferischen Arbeitskollegen auch noch zu verschaffen in der Lage ist, hat u. B. noch die Achtung aller rechtsich Denkenden verwirrt. Die Arbeitgeber haben wirklich „actie“ Freunde.

Allgemeine Rundschau.

Sozial: Wahlen.
Radevormwald (Rhd.) Bei der Vertreterwahl zur Allgemeinen Ortskonferenz siegte die Liste der christlichen Gewerkschaften mit 154 Stimmen gegen 62 sozialdemokratische Stimmen. Bei der letzten Wahl erzielte die bürgerliche Liste 120, die sozialdemokratische 87 Stimmen. Hier also Fortschritt, dem wir freudig entgegen sehen. Es ist eine Folge der Einführung der christlichen Gewerkschaften in Radevormwald vor nunmehr 1 1/2 Jahren, sie haben schon begonnen die dortige Arbeiterenschaft von dem Banne der Sozialdemokratie zu befreien.

Allgemeines.
Einem vierwöchigen Volkswirtschaftlichen Ausbildungskursus für evangelische Arbeiter veranstaltet die freie kirchlich-soziale Konferenz im Oktober in Bielefeld. Dozenten sind: Professor Dr. Köhler, Pfarrer Hc. Weber, Stadtsyndikus Legtmeier, Dr. Kessler, Dr. Destricher, Hc. Nimm u. a. Das Programm des Kurses ist gegen Einseitigkeit von fünf Pfennig erhältlich durch das Generalsekretariat der kirchlich-sozialen Konferenz, Berlin N 31, Verjöhnungs-Privatstr. 1.

Genossenschaftsbauten. Die neue Wohnungsanlage „Luisenhof“ des Vaterländischen Bauvereins zu Berlin ist nunmehr fertiggestellt. Neben Familienwohnungen und Einzelzimmern für alleinstehende Frauen und Mädchen enthält dieselbe auch eine Kochschule und ein Heim für Fabrikarbeitenden mit 30 Betten. Die neue Anstaltung stellt einen Erweiterungsbau der ersten Wohnungsgruppe „Verjöhnungs-Privatstraße“ im Norden Berlins dar.

Briefkasten.

Wegen des Verbandstages muß für die nächste Nummer bereits Freitag Redaktionsschluß gemacht werden. Zuschriften, die noch Aufnahme für die nächste Nummer finden wollen, müssen spätestens Freitag Abend bei der Redaktion eingegangen sein.

Kollege Albert Schulze, Vorsitzender der Ortsgruppe Forst (Rauß), Fruchtstr. 12, bittet um die Adresse des Kollegen aus Aachen, der ihn mit einer Zuschrift bedachte.

Versammlungskalender.

- Wocholt. 8. Sept., Arbeitervertreterversammlung.
- 6. Sept., 5 Uhr, im Arbeiterverein Kartell-Versammlung.
- Wombachschach. 13. Sept., 2 Uhr, bei E. Schneider.
- Bransche. 13. Sept., 11 1/2 Uhr, im Lokale „Vor dem Berge“.
- Bergneustadt. 12. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Bernhard Meier (kleiner Saal).
- Sottbus. 5. Sept., 8 Uhr, A. Döring (kleiner Saal).
- Dahlhausen a. d. Wupper. 6. Sept., 2 Uhr, bei Gustav Meyer.
- Epe. 6. Sept., 4 Uhr, bei G. Nock.
- Forst (Rauß). 26. Sept., 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zum Bräulan“, Gerberstr., Generalversammlung.
- Greiz. 11. Sept., 7 1/2 Uhr, im Hauptstr.-Lokale.
- Glanbach. 5. Sept., 7 1/2 Uhr, im Meißnerhaus.
- Loberich. 6. Sept., 11 Uhr, bei Konr. Biepers.
- Meißen. 6. Sept., 4 1/2 Uhr, bei Jof. Rad.
- Ohtrup. 8. Sept., 8 Uhr, bei Heimr. Pieper, Vorstand und Vertrauensmännerversammlung.
- Debt. 6. Sept., 10 1/2 Uhr, bei Heinrich Kramps.
- Reichenau i. S. 7. Sept. (nicht 1.), 3 Uhr, im Gasthof zur „Stadt Rittau“, Generalversammlung.
- Niedst. 12. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Tassen.
- Stadthohn. 8. Sept., 7 1/2 Uhr, im Lokale des Arbeitervereins.
- St. Lütke. 13. Sept., 11—12 Uhr, bei Mennemann, Eröffnung der Bibliothek.
- Waldhausen. 5. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Joh. v. d. Burg.
- 10. Sept., 7 1/2 Uhr, bei Ww. Penary, öffentl. Vers.
- Wassendorf. 6. Sept., bei Ww. G. Lowe-Viehweber, 10 Uhr Vorstand u. Vertrauensmännerversammlung, 11 Uhr Mitgliederversammlung.
- Wickath. 6. Sept., 10 1/2 Uhr, bei Peter Franken.

Rheindahlen. Consum-Verein „Eintracht“. e. G. m. b. H. Sonntag, 13. Sept. ds. Jrs., morgens 9 1/2 Uhr im Lokale von Leo Heber außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bilanz und Festsetzung des zu verteilenden Gewinnes. 2. Neuwahl der auscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. 4. Mitteilungen. Eröffnen aller erwartet Bernhard Figen, Vorsitzender.

Windberg. Samstag, den 12. September findet eine Generalversammlung des Gewerkschafts-Konsumvereins „Zur Erde“ e. G. m. b. H., abends 9 Uhr bei Wllh. Vauw Windberg statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bilanz und Festsetzung des zu verteilenden Gewinnes. 3. Neuwahl der auscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. 4. Mitteilungen. Eröffnen aller erwartet Bernhard Figen, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

V. Agitationsbezirk (Weßl. Münsterland). Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 4. Oktober in Wocholt statt. Näheres wird demnächst bekanntgegeben. Die Ortsgruppen werden ersucht, auf Grund des § 40 des Verbandsstatutes die erforderlichen Delegiertenwahlen vorzunehmen. J. A.: Adolf Vossing, Bezirksvorsitzender.

Aachen.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 27. September in Aachen statt. Näheres wird bekannt gemacht. Gemäß § 35 des Statutes werden die Ortsgruppen gebeten, die Delegierten zur Konferenz zu wählen. J. A.: J. Sistenich, Aachen.

IV. Agitationsbezirk (Barmen).

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 4. Oktober statt. Lokal und Tagesordnung werden noch bekannt gegeben. Die Ortsgruppen werden gebeten, gemäß § 40 unseres Statutes (altes Statut § 35) die Delegiertenwahlen vorzunehmen. J. A.: H. Fahrenbrach, Bezirksvorsitzender.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Peter Printzen in M.-Gladbach.
Sophie Ego in Kaufbeuren.
Joh. Wibblen in Bocholt.
Jakob Blauen in Loberich.
William Rabending in Greiz.
Hch. Billermann in Emsdetten.
Hubert Huppertz in Aachen.
Frau Friedr. Schmitz in Neersen.
Moritz Schneider in Greiz.
Friedrich Unsel in Lambrecht.
Ehre ihrem Andenken!